

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

49. Woche für die Zeit vom 3. bis 9. Dezember 1898.

Posen, den 12. Dezember 1898.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 275 des Dziennik Kujawski
vom 2. Dezember 1898:

In Schmiegel

wurde am Montag bei sehr starker Betheiligung der 298. Rustikal-Verein ins Leben gerufen. Die Wirth aus sechs Dörfern, Geistliche, benachbarte Bürger und Handwerker sammelten sich um den ehrwürdigen und sehr verdienstvollen Patron Herrn von Jackowski, dessen umständliche, aber inhaltreiche und kernige Rede niemanden aus dem Gedächtniß schwinden wird. Heil dem achtbaren Veteranen der unausgesetzten und gründlichen Arbeit!

Unter den anwesenden wackeren Bürgern befand sich auch Herr Dr. von Starzynski aus Splawie, dessen verständige und geschickte Arbeit in jeder Hinsicht und für alle Stände der dortigen Gegend seit jeher einen hohen Werth besitzt. Von der Geistlichkeit war außer dem durch Krankheit sehr geschwächten Propst Engler und Propst Bronikowski auch der Begründer des ersten Bauernvereins im Herzogthum-Propst Wisniewski aus Czacz anwesend. Der Wirth Ignaz Rozak aus Glinisk, der seit fünf Jahren dem Czacz'schen Bauernverein angehört, erwarb sich durch seine kurze, die Ackerbaukunde betreffende Rede großen Beifall der Anwesenden. Der verehrte Herr Patron hatte nicht Worte der Anerkennung genug.

Glück auf! dem Schmiegeler Bauernverein!

Aus Nr. 276 des Dziennik Kujawski
vom 3. Dezember 1898:

Stenszewo.

Am 29. November besuchte uns hier der Patron Wawrzyniak. An diesem Tage wurde hier bei uns eine Darlehns-Genossenschaft begründet, welche gedeihen, sich entfalten und blühen möge. Wir haben uns von dem verehrten Pfarrer und Patron Wawrzyniak mit Dankbarkeit verabschiedet, indem wir ihm unsern Dank dafür abstatteten, daß er die Genossenschaft ins Leben gerufen hat, welche Manchem helfen kann.

G. W.

Aus Nr. 277 des Dziennik Kujawski
vom 4. Dezember 1898:

Zur Weihnachtszeit!

Die Weihnachtszeit ist wiederum herangekommen, eine Zeit für die vielleicht bedeutendsten Einkäufe im ganzen Jahre. Arm und Reich eilt in die Kaufläden, um sich für die Feiertage zu versorgen und seine nächsten Verwandten mit praktischen oder nützlichen Dingen und Gegenständen zu beschenken. Es ist daher an der Zeit, die Kaufenden daran zu erinnern, daß sie, in Anbetracht unserer schwierigen Lage, auch bei solchen Einkäufen Verpflichtungen ihrer eigenen Gesamtheit und den Landsleuten gegenüber haben. . . .

Wir sind vom Chauvinismus jeder Art weit entfernt und verurtheilen den Chauvinismus entschieden in Handels- und industriellen Angelegenheiten, weil er den wirthschaftlichen und kulturellen Grundsätzen widerspricht. Ausnahmeverhältnisse indessen rechtfertigen auch Ausnahmemittel.

Vorsicht schadet in keinem Falle, weder in den Ausdrücken, noch im Auftreten, weil unsere Bufenfreunde aus jedem unvorsichtigen Wörtchen, aus jedem Schritt, den wir thun, Anlaß nehmen zu unbilliger und ungerechtfertigter Vergeltung.

Es genügt, wenn wir unseren Lesern die durchaus zutreffenden und schönen Grundsätze, Rathschläge und Fingerzeige ins Gedächtniß rufen, welche der ehrwürdige Patron unserer Genossenschaften Prälat Wawrzyniak vor einigen Wochen im „Posener Hotel“ in einer öffentlichen Versammlung des kaufmännischen Vereins gegeben hat. Der Prälat hat ausdrücklich hervorgehoben, daß der Glaube uns alle unsere Nächsten zu lieben und zu achten gebietet. Aber auch die Gebote Gottes und die Glaubensgrundsätze gestatteten uns, zwischen den Nächsten und weiteren Nächsten einen Unterschied zu machen. Weitere Nächsten seien alle Menschen, nähere diejenigen, welche durch Verwandtschaft mit uns verbunden sind, möge diese nun eine Familien-, Bekennniß- oder nationale Verwandtschaft sein. Der Glaube und die angeborenen Rechte geböten uns, den Vater, die Mutter, den Bruder oder die Schwester mehr zu lieben, als fremde Personen, und weil nach der natürlichen Ordnung nach den nächsten Verwandten die Landsleute, die Mitglieder unserer Gesamtheit folgen, welche unsern Glauben haben, unsere nationalen Gefühle theilen, unsere Ideale verfolgen, deshalb hätten auch Landsleute nach der nächsten Familie einen Anspruch auf unsere besondere Liebe, auf ganz besondere Unterstützung. Ohne daher Andere zu boykottiren, laßt uns daran denken, daß wir unsere für das Weihnachtsfest auszugebenen Groschen in

erster Linie Denjenigen zukommen lassen müssen, welche uns am nächsten stehen, und dies sind unsere Landsleute.

Unsere Mitbürger anderen Glaubens, anderer Nationalität können uns dies nicht übelnehmen, weil sie selbst ebenfalls so auftreten. Die Verständigen unter ihnen werden sicherlich gern auch den Umstand berücksichtigen, daß die Polen, von den Aemtern, von gutbesoldeten öffentlichen Posten — auf deren Erlangung sie schließlich auch wohlbegründeten Anspruch besitzen — ausgeschlossen, ausschließlich auf sich selbst angewiesen, von dem Boykott der H.-K.-Zisten verfolgt, ihre Kräfte konzentriren und sich nicht nur in der Politik, sondern auch in wirthschaftlicher Hinsicht solidarificiren und sich gegenseitig unterstützen müssen, wenn sie materiell nicht zu Grunde gehen und zum elenden Proletariat herabsinken wollen. In einer solchen Lage ist die Unterstützung der Landsleute die Kardinalpflicht jedes Einzelnen.

Aus Nr. 275 des Wielkopolanin
vom 2. Dezember 1898:

Der Wielkopolanin bespricht die Ausweisung dänischer Unterthanen aus Deutschland und bemerkt am Schluß:

Bürger, welche von Geburt Dänen sind, die ihre eigene Sprache lieben und sie auch fernerhin zu erhalten trachten, werden für gefährliche Agitatoren gehalten.

Solche Agitationsverhältnisse herrschen also an drei Grenzen des preussischen Staates, nämlich unter der dänischen, polnischen und französischen Bevölkerung. Daß ein solches Auftreten von Beamten, wie dasjenige des Herrn von Köller, beständige Erbitterung unter der Bevölkerung hervorruft, wer würde daran zweifeln, und wenn die Zeitungen dieses Volk vertheidigen und die von der Staatsregierung gemachten Fehler aufdecken, dann ziehen auch sie sich grimmigen Haß von den Betroffenen zu; und dennoch hat bei jeder konstitutionellen Verfassung jeder Bürger das Recht, die Handlungsweise der Regierung zu kritisiren. Dieses Recht überträgt sich auf die Ausgewählten, d. h. Abgeordneten, und diese — mögen es Dänen oder unsere Landsleute sein — bringen öfter Beschwerden über die eigenmächtige Handlungsweise von Beamten vor, welche auf Grund der konstitutionellen Verfassung scharfen Tadel verdienen, die aber geduldet werden. Die Regierung ist doch für uns da, denn wir bezahlen ja ihren Unterhalt, und nicht wir für die Regierung!

Aus Nr. 280 des Goniec Wielkopolski
vom 8. Dezember 1898:

Auf! gegen die Polen!

„Bürger von Leipzig! Ihr, die Ihr Euch stets in nationaler Beziehung hervorgethan habet, helfet auch Ihr unseren Brüdern im Osten und tretet dem Verein zur Förderung des Deutschthums in den Ostmarken bei.“ Dies ist der Hauptinhalt, der ellenlangen Bekanntmachungen, in denen alle gutgesinnten Deutschen zu einer öffentlichen Versammlung eingeladen wurden. Für die Versammlung haben verschiedene Professoren, ein Major, ein Ober-Reichsanwalt und ein Geheimer Hofrath Vorträge

angemeldet und die Reihe der unterschriebenen Spitzen blendet förmlich die Augen. Es hatte den Anschein, als ob das jüngste Gericht, die zweite Völkerschlacht bei Leipzig herannahe. Vom Bäckermeister an bis zum obersten Regierungsrath und K. K. österreichisch-ungarischen Generalkonsul Dr. Schober traten Alle mit großer Entrüstung gegen die Polen auf, „die nicht etwa im Kriege, sondern während des tiefsten Friedens den Deutschen ein viel größeres Land, als Elsaß-Lothringen, rauben wollen.“

Leipzig kann heute sagen, daß es eine Schlacht gewonnen habe und das es Deutschland, wie einst vor der französischen Ueberschwemmung, so jetzt vor der polnischen Fluth gerettet habe. Ohne einen Kampf ging es nämlich nicht ab. Es hatte sich dort eine brave Seele, ein Ritter ohne Furcht und Tadel eingefunden, der ohne Zagen in die Schranken gegen die Beschützer des bedrohten Deutschthums trat, doch unbefiegt sich vor dem sicheren Tode zurückzog, so unbefiegt, wie es die Gerechtigkeit und die politische Ehrlichkeit ist, welche in der Person des unterdrückten Polens die Welt, wenigstens augenblicklich, zu verhöhnen wagt. Als Beschützer Derjenigen, die als nicht anwesend sich nicht vertheidigen konnten und durften, erwies sich ein gewisser Professor Lutoslawski. Wie die Vorredner, hat auch er zugegeben, daß eine ernste Gefahr seitens der Polen drohe, er wies statistisch nach, daß die Polen in Bezug auf die Bevölkerungsziffer die sechste, ungemein fortpflanzungsfähige Nation in Europa ist; er behauptete, daß die Polen politisch auch in Bezug auf die Staatsorganisation zwar keine Macht bedeuten, daß sie aber in nationaler und agitatorischer Hinsicht eine um so größere Macht bilden. Bis dahin ging Alles glatt. Erst als Lutoslawski anfang, die geistigen und gesellschaftlichen Eigenschaften der Polen zu loben und zu beweisen, daß der materielle Druck des Systems Bismarck, der sich mit der Würde des deutschen Volkes nicht vertragen, das nationale Selbstbewußtsein in uns wachgerufen habe, da erhob sich im Saale ein derartiger Lärm, daß der Redner es vorzog, zu schweigen, ja sogar sich zurückzuziehen. Die dort anwesenden Frauen verließen den Saal, ihnen folgten auch wahrscheinlich alle Diejenigen, bei denen die Würde des denkenden Menschen sich größer erwies, als der von den bedrückten Räthen und Majoren empfohlene Patriotismus. — Der Verlauf der Versammlung spricht für sich allein. Ob das in den Ostmarken bedrohte Deutschthum viele Anhänger gewinnen wird, darüber wollen wir nicht im Voraus urtheilen; wir glauben aber, daß sich in Leipzig selbst viele Elemente finden werden, mit deren Hilfe das Deutschthum in den Ostmarken besteht und lebt. Ein Beispiel an ihnen wollen wir uns nicht nehmen. Unser Polenthum wird hier und überall anderswo, so Gott will, durch den Muth und die Aufopferung solcher braven großen ehrlichen und überzeugungstreuen Leute, wie Lutoslawski, bestehen bleiben. Ihnen, meine Herren, die Sie auf Schritt und Tritt bedroht sind, werden wir fortwährend ins Gewissen reden. Wir werden dies ruhig, würdig und unaufhörlich thun und vielleicht erleben wir noch den Augenblick, wo Sie mit uns und der ganzen wirklich zivilisirten Welt zusammen auf Ihre bisherigen, derartigen Ideale speien werden.

Aus Nr. 273 des Oꝛedownik
vom 30. November 1898:

**Mit Bezug auf die letzten Posener
Stadtverordnetenwahlen**

schreibt der Oꝛedownik:

„An einen Sieg im III. Wahlbezirk (Sapieha- und Kanonenplatz) hat Niemand gedacht; alle hielten ihn für verloren. Die gestrige Wahl hat erwiesen, daß daselbst in den letzten Jahren eine wesentliche Aenderung vor sich gegangen sein muß, was die Vertheilung der polnischen und der deutschen Bevölkerung anbetrifft, da hier seit undenklichen Zeiten zum ersten Male ein Pole durchgekommen ist, und zwar mit bedeutender Stimmenmehrheit. Hier gebührt in erster Linie dem Komiteemitgliede Herrn Karl von Rzepecki Anerkennung, der auf Grund der Wählerlisten zuerst die feste Ueberzeugung gewonnen hat, daß dieser Wahlbezirk, der stets für verloren galt, zu gewinnen sei, wenn gearbeitet werde. Der Genannte entwickelte nicht nur eine rührige, sondern auch eine sachkundige Thätigkeit, und es ist sein und seiner Genossen Verdienst, daß in diesem Wahlbezirk zum ersten Male ein Pole durchgekommen ist.

Dieser Wahlbezirk galt darum für verloren, weil in demselben fast alle Behörden ihr Domizil haben: die Post, das Steueramt, das Proviantamt, das Militär Lazareth und die Gerichte, so daß die ganze Gegend stark von Beamten bewohnt wird. Polnische Handwerker gab es daselbst wenig; von Jahr zu Jahr müssen sich in jener Gegend ihre Erwerbsverhältnisse günstiger gestaltet haben, da es heut hauptsächlich durch ihre Stimmen gelungen ist, einen Polen durchzubringen.

Die gestrigen Wahlen legen überhaupt für die Erwerbsthätigkeit der polnischen Bevölkerung der Stadt Posen ein nicht übles Zeugniß ab. Nur Steuerzahler sind wahlberechtigt. Auf der Wallischei haben wir nichts eingebüßt, auf dem alten Markt stehen wir den Juden fast gleich, im II. Bezirk fehlten uns kaum einige zwei Duzend Stimmen und im III. Bezirk, wo man mit uns nicht rechnete, haben wir gesiegt.

Das thut dar, daß die Erwerbsfähigkeit der polnischen Bevölkerung wachsen muß, denn die Wahlen stehen mit den gezahlten Abgaben im Zusammenhang.

In derselben Angelegenheit schreibt der Oꝛedownik in Nr. 274 vom 1. Dezember 1898:

Ueber die Niederlage, welche die Deutschen im III. Wahlbezirk III. Klasse erlitten haben, kann sich das Posener Tageblatt nicht beruhigen. Es ist das eine Domäne der deutschen Beamten, welchen das Tageblatt schreckliche Saumseligkeit vorwirft. Der größere Theil der Beamten sei zu Hause geblieben, ohne überhaupt nach den Wahlen zu fragen. Sie seien überall saumselig. — fügt das Tageblatt hinzu — bei den Reichstagswahlen ebenfalls, und ebenso bei den Landtagswahlen, das Blatt appellirt an das Gewissen der deutschen Beamten.

Augenscheinlich ist das für die H.-R.-Listen eine sehr unangenehme Sache. Tag und Nacht wird den Deutschen vom „bedrängten“ Deutschthum gepredigt, und daß die Beamten das Banner des Deutschthums hochhalten müßten. Die Beamten glauben ersichtlich, daß das Deutschthum in den polnischen Gegenden nur dann „bedroht“ sei, wenn man im Landtag ihre Gehälter nicht erhöhen will. Anstatt also während

der Wahlen zum Kampfe gegen die Polen zu schreiten, gehen sie ruhig — zu Biere.

Ein zweites Mal wird es uns wahrscheinlich nicht gelingen, in diesem Wahlbezirk einen Polen durchzubringen. Das schadet nichts, denn dieser eine Sieg reicht hin, um die Deutschen zu lehren, daß man in Posen mit der polnischen Bevölkerung nicht nach Belieben umspringen kann.

Im III. Wahlbezirk III. Klasse, wo Herr Specht gewählt worden ist, waren in die Liste eingetragen 1835 Wähler,

davon Deutsche 1285

Polen 550

Von diesen 550 Polen gehen ab:

Wegen Krankheit abwesend und nicht aufzufinden waren 40

Beamte und unsichere Leute 80

Summa 120

Bleiben Polen 430,

Gestimmt haben 340, also 80 pCt.

Von den Deutschen haben gestimmt 284 = 22 pCt.

Karl v. Rzepecki,

stellvert. Vorsitzender im III. Wahlbezirk.

Aus Nr. 278 des Oꝛedownik
vom 6. Dezember 1898:

Posen, den 5. Dezember.

Fast alle Posener Zeitungen berühren eine Thatsache, welche sich bei den Stadtverordneten-Wahlen in der II. Klasse zugetragen hat. Ein Wähler — ein Arzt, also der höheren Intelligenz angehörig — ging zur Wahl und anstatt seine Stimme auf zwei polnische Kandidaten abzugeben, stimmte er für einen Polen und für einen Deutschen!

Dieses Auftreten, — von nationaler Seite ganz abgesehen — ist vollständig unverständlich und unbegreiflich; dies läßt sich auch nicht einmal aus nebenfächlichen politischen Beweggründen aufklären, denn den Deutschen hat er damit nicht geholfen, da sie sich auch ohne seine Stimme begehren konnten, und den Polen hat er nicht geschadet, da sie mit dieser Stimme auch durchgefallen wären.

Wir haben es hier mit einer politischen Ausschreitung zu thun, bei welcher die persönlichen Beweggründe oder die Abneigung jenes Wählers vollständig außer Betracht bleiben, denn die Thatsache bleibt Thatsache, daß ein Pole und zwar einer der höheren Intelligenz, für einen Deutschen gestimmt hat.

Das ist eine beklagenswerthe Sache und die Presse kann derartige Vorkommnisse nicht mit Stillschweigen übergehen, denn wie wir schon vor einigen Tagen gesagt haben, schadet unserer Sache nach Innen hin am meisten, wenn man Bürger, die zwar verschiedene Standpunkte einnehmen, der nationalen Sache gegenüber aber nur eine Quelle der nationalen Pflicht haben, mit zweierlei Maß mißt. Man muß alle mit einem Maße messen, andernfalls entsteht Unordnung. —

Ein solches Vorkommiß ist keine Kleinigkeit, denn bei öfterer Wiederholung derselben, könnte sich der Brauch oder auch die Doktrin herausbilden, daß man sich so und nicht anders verhalten müsse. Solche Kleinigkeiten sind in unserer gegenwärtigen Lage um so gefährlicher, da es — gegenwärtig — schwer wäre festzustellen, ob sie auf dem Boden persönlicher Schwäche

entstehen, oder auch aus dem Zweifel, der sich immer mehr in unser nationales Leben einfrisst. Beides könnte der Fall sein.

Solche Vorkommnisse werden auch zum Aergerniß für die mittleren Stände, welche in Posen heute Alles lesen, sich nach Allem erkundigen und über Alles urtheilen. Was sollen die Wähler dieser Schichten sagen, wenn solche Fälle bei der höheren Intelligenz vorkommen, denn in den mittleren Volksschichten giebt es auch schwache Geister.

Solche Sachen müßte die höhere Intelligenz auf jeden Fall vermeiden, denn unsere mittleren Volksschichten und auch das Volk werden früher oder später in Versuchung kommen, für die Deutschen, oder zu deren Gunsten zu stimmen, wenn ihnen daraus verschiedene Vortheile erwachsen. In Kreisen der Volksbewegung, wo man solche Sachen streng beobachtet, ist man auf diese Versuchung vorbereitet. Heute tritt sie noch nicht deutlich hervor, wenn aber erst unsere mittleren Stände und das Volk in ihrem nationalen und bürgerlichen Bewußtsein werden mehr Fortschritte gemacht haben, wird die Versuchung die schwachen Geister immer kühner anfechten, um nur Breche zu legen.

Bei Bürgern, die in unserer Gemeinschaft die verschiedensten Stellungen einnehmen, ist der Inhalt und der Umfang der nationalen Verpflichtungen ebenfalls verschieden und dementsprechend ist die öffentliche Verantwortlichkeit auch verschieden, aber das Maß zur Beurtheilung des Einen oder Anderen muß bei Allen gleich sein.

Aus Nr. 278 des Postep
vom 6. Dezember 1898:

Posen

Wir haben bereits davon geschrieben, daß Dr. Zielewicz bei den Stadtverordnetenwahlen in der zweiten Klasse seine Stimme anstatt dem polnischen Kandidaten einem Deutschen gegeben hat. Die Erbitterung in Folge des unglücklichen Schrittes des Dr. Zielewicz ist in der Stadt sehr groß. . . Herr Zielewicz hat dadurch, daß er für den vom Komitee aufgestellten Kandidaten nicht stimmte, die Solidarität zerrissen, von welcher in dem letzten Jahr ganze Folianten geschrieben worden sind, und was noch schlimmer ist, Herr Dr. Zielewicz hat nicht nur die Solidarität zerstört, sondern er hat noch dazu seine Stimme einem Deutschen gegeben; wir wissen nicht, ob dies noch irgend einen Zusammenhang mit der Ansicht hat, welche Dr. Zielewicz ausgesprochen hat, als er die päpstliche Encyklika auf dem Katholikentage in Posen erörterte: „Bei Dir, Majestät, stehen wir und wollen wir stehen.“ Wenn in bester Zeit die Solidarität bei den Wahlen von einem großen Theile unserer Gesamtheit gebrochen worden ist, so geschah das infolge einer politischen Nothwendigkeit, weil man darein nicht einwilligen konnte, daß dem Volke eine widerwärtige Politik aufgedrängt werde und man die rücksichtslose Geringschätzung des Willens der breiten Massen der Gesamtheit nicht zulassen konnte. Das ist etwas ganz anderes, als wenn Jemand, und noch dazu einer von der höheren Intelligenz, nach seinem eigenen Gutdünken die Solidarität bricht und noch dazu seine Stimme einem Deutschen giebt. In solchen Fällen kann man derartigen Personen gegenüber keine Rücksicht walten lassen.

Aus Nr. 275 des Dziennik Kujawski
vom 2. Dezember 1898:

Wie wir bereits gestern mitgetheilt haben, erhielten wir von dem Herrn Landrath von Peistel aus Znin eine neue, nachstehende Erklärung:
(Rückübersetzung.)

„Die Aufnahme meiner mangelhaft übersetzten Berichtigung mit der von der Redaktion hinzugefügten Bemerkung läßt den eigentlichen Stand der Sache nicht erkennen. Zur Vermeidung eines Mißverständnisses erkläre ich:

Den Umzug mit Musik am Tage der Wahlen habe ich weder veranlaßt noch ist mir von diesem Vorhaben etwas bekannt gewesen. Erst später ist hiervon etwas zu meiner Kenntniß gelangt.

Der Zweck meiner Berichtigung blieb in der Uebersetzung verdunkelt.

Meine Absicht war nur, auszudrücken, daß ich — als Landrath am Orte — an dieser Manifestation auf öffentlicher Straße weder mittelbar noch unmittelbar Antheil genommen habe, und daß mir schließlich alle falschen Anschuldigungen gleichgiltig sind, und daß ich als Deutscher über diese prächtige Ehrung der deutschen Abgeordneten sehr erfreut gewesen bin, als ich davon erfuhr.

von Peistel.“

Wir bringen auch diese Erklärung des Herrn von Peistel, damit er sich überzeuge, daß die polnischen Zeitungen der gegnerischen Seite das Wort nicht entziehen. Den Vorwurf, daß seine erste Erklärung mangelhaft übersetzt gewesen sein soll, müssen wir zurückweisen. Wer sie gelesen und sie mit der heutigen Erklärung vergleicht, muß uns beipflichten. Den Wunsch des Herrn von Peistel, seine Erklärung in deutscher Sprache wiederzugeben, erfüllen wir nicht, denn unsere Zeitung ist eine „polnische“, auch war die uns aus Znin übermittelte Korrespondenz in polnischer Sprache verfaßt. Wir sind der Ansicht, daß wir dem Herrn Landrath genügend Gelegenheit geboten haben, seine Empfindungen auszudrücken und betrachten diese Angelegenheit für erledigt. — Da nun Herr von Peistel unsere Uebersetzungen seiner Erklärungen nach als mangelhaft bezeichnet hat, erklären wir, daß wir in Zukunft Schreiben von seiner Seite nur dann berücksichtigen werden, wenn sie in polnischer Sprache an uns gerichtet sind.

Aus der Erklärung des Herrn von Peistel geht hervor, daß der dortige Bürgermeister die Erlaubniß zu jenem Triumphzuge in den Straßen der Stadt, welcher, sei es, wie es wolle, die polnische Bevölkerung gereizt hat, ohne Wissen des Herrn Landrath erteilt haben muß.

Aus Nr. 275 des Kuryer Poznański
vom 2. Dezember 1898:

Betrifft den Organisten.

Neu-Kramzig, Kreis Bomst.

Unsre Pfarochie hat die Ehre, als erste im ganzen preussischen Staate mit einem „staatlichen“ Organisten beglückt zu sein. Es ist dies der hiesige erste Lehrer Herr A. Lewicki, welcher aus Breschen stammt.

Die Sache verhält sich wie folgt: In der hiesigen Pfarochie ist die erste Lehrerstelle mit dem Organistenamt verbunden. Bis zum 1. Mai 1895 war hier während 18 Jahren ein in jeder Beziehung würdiger Lehrer Organist, der im Interesse des Dienstes in

eine ganz deutsche Parochie versetzt worden ist. Dann präsentirte die Königliche Regierung dem Kirchenvorstande als Organisten einen Lehrer, den der Vorstand aus wichtigen Gründen nicht annahm. Von dieser Kandidatur nahm die Königliche Regierung Abstand. Hierauf sandte sie als Vertreter des ersten Lehrers bezw. Organisten einen ganz jungen Lehrer, der kein Wort polnisch konnte; natürlich nahm der Vorstand auch diesen nicht an. Endlich am 28. Oktober 1895 machte die Königliche Regierung dem Kirchenvorstande die Mittheilung, daß sie die Absicht hatte, Herrn A. Lewicki aus Blotnik als ersten Lehrer und Organisten nach Neu-Kramzig zu senden. Darauf erwiderte der Kirchenvorstand der Königlichen Regierung, er habe einstimmig beschlossen, Herrn A. Lewicki das Organistenamt nicht zu übertragen, da wichtige Gründe vorlägen. Trotzdem sandte die Königliche Regierung diesen Herrn als ersten Lehrer und Organisten und erklärte, indem sie den Kirchenvorstand hiervon in Kenntniß setzte, der Lehrer A. Lewicki habe einstweilen auf das Organistengehalt verzichtet. Daraufhin schwieg der Kirchenvorstand, da er sich einen besonderen Organisten hielt. Mit einem Male erhielt der Vorstand in den letzten Tagen des Mai 1896 von der Königlichen Regierung die Aufforderung, dem Herrn Lehrer Lewicki vom 1. Juni ab das Organistengehalt zu zahlen.

Gegen diese Verfügung erhob der Vorstand begründeten Einspruch. Infolgedessen fanden Termine statt, in denen Zeugen verhört wurden. Und damit war die Sache eingeschlafen. Im Februar 1898, also 1½ Jahre später, erhielt der Kirchenvorstand von dem Königlichen Landrath in Wollstein die Mittheilung, der Herr Oberpräsident habe angeordnet, daß der Vorstand dem Herrn Lehrer Lewicki das Organistengehalt auszusahlen habe, und zwar schon vom 1. Juni 1896 ab, entgegengegesetzten Falls werde die exekutivische Beitreibung erfolgen. Der Kirchenvorstand wunderte sich darüber, daß sich unverhofft der Herr Oberpräsident in die Sache mengte. Auch gegen diese Verfügung des Herrn Oberpräsidenten legte der Kirchenvorstand unterm 27. Februar 1898 begründeten Protest bei dem Minister Boffe ein. Infolgedessen wurden wiederum die in dieser Angelegenheit angeführten Zeugen verhört. Endlich erhielt der Vorstand unterm 7. November d. J. nicht vom Oberpräsidenten, sondern von der Königlichen Regierung den Bescheid, der Herr Minister habe entschieden, daß der Einspruch des Vorstandes rechtlich nicht begründet sei, da die Gründe, welche der Vorstand gegen die Kandidatur des Herrn Lewicki angeführt habe, präkludirt seien, d. h. zu der Zeit, als die Königliche Regierung Herrn Lewicki als Organisten nach Kramzig geschickt hat, sind diese Gründe nicht vorhanden gewesen, doch bestreitet die Königliche Regierung mit keinem Worte, daß die Gründe, die der Kirchenvorstand angeführt hat, unwahr gewesen sind. Nun frage ich: Wenn die Regierung nur diesen Beweisgrund — die Präklusion — zwecks Verwerfung unsres Protestes anführt, weshalb haben dann in dieser Angelegenheit so viele Termine stattgefunden, weshalb sind die Zeugen verhört worden, die der Vorstand in seinen Protesten angeführt hat? Jenes Argument hat die Königliche Regierung ja gleich bei der Berufung des Herrn Lewicki zum Organisten nach Kramzig anwenden können und nicht erst nach Verlauf dreier Jahre.

Jetzt soll also der Kirchenvorstand Herrn Lewicki sogar das verfallene Organistengehalt auszahlen, obgleich der Genannte nie Organist gewesen ist! Aber aus welchen Fonds? Hat doch der Kirchenvorstand die Organisteneinkünfte an denjenigen gezahlt, der die Organistenfunktionen verrichtet hat! Die

Kirchenkassenrechnungen sind der Königlichen Regierung als dem Patron der hiesigen Kirche alljährlich eingereicht worden, und sie hat diese Rechnungen, die Ausgaben und die Beläge, die von unserm Organisten unterschrieben sind, bestätigt. Auch hat der Rendant der Kirchenkasse auf Verfügung der geistlichen Behörde für diese Rechnungen Decharge erhalten.

Wir werden ruhig die Exekution in der Ueberzeugung abwarten, daß wir unsre Gewissenspflicht erfüllt haben, — und Herrn Lewicki nehmen wir nicht als Organisten an, selbst wenn wir durch Zwangsvollstreckungen zur Bezahlung des Organistengehalts an ihn gezwungen werden sollten.

Aus Nr. 279 des Wielkopolanin
vom 7. Dezember 1898:

Die kleineren Städte im Großherzogthum Posen gerathen überall da in Verfall, wo die Ansiedelungskommission größere Flächen Landes erworben hat. — Diese wahre und traurige Thatsache leugnet selbst das Posener Tageblatt nicht. Als Beispiel für den Niedergang der kleineren Städte im Großherzogthum Posen führt man Kletzko an. Der Niedergang dieser sich bis dahin gut entwickelnden Stadt war so augenscheinlich, wie das Posener Tageblatt schreibt, daß ein Verein zur wirthschaftlichen Hebung der Stadt Kletzko gegründet worden ist, um einen weiteren Verfall zu verhindern. Der Korrespondent des Posener Tageblattes berichtet, daß Kletzko zurückgeht, weil das Bürgerthum die Stadt verläßt, um in einer anderen Gegend sich Unterhalt zu verschaffen. Wir wollen nun über die Gründe dieser Erscheinung sprechen.

Die Ansiedelungskommission hat in der Gegend von Kletzko einige größere Güter erworben und auf diesen Kolonisten aus der Ferne angesiedelt. Diese Kolonisten kaufen grundsätzlich weder bei Polen noch bei Juden, ja sie meiden sogar die deutschen Protestanten, indem sie sich Waaren in Bausch und Bogen aus Berlin und den größeren Städten Deutschlands kommen lassen. Die Ansiedelungskommission, welche sowohl die größeren polnischen Besitzer als auch die polnische Arbeiterbevölkerung verdrängt, die ihre Bedürfnisse bei den am Orte angefahrenen Gewerbetreibenden befriedigt, ruiniert damit den örtlichen Handel und die örtliche Industrie. Das was in der Gegend von Kletzko geschieht, geschieht auch wo anders.

Ein wirthschaftliches Emporblühen zeigt nur Sanowitz, aber die Regierung steckt dort auch Willkionen hinein — es drängt sich hierbei die Frage auf, ob der Aufschwung dieses Städtchens nicht nur ein künstlich hervorgerufener ist.

Die Ansiedelungskommission verhindert auch aus dem Grunde den wirthschaftlichen Aufschwung des Großherzogthums Posen, weil sie hierher zum größten Theil Kolonisten einführt, welche sich in ihrer Heimath nicht zu erhalten vermochten. Selten versteht es auch einer von diesen Kolonisten auch bei uns kein Brot zu erwerben, zudem sind die Kolonisten im Allgemeinen mit ihrem Loos wenig zufrieden, weil sie in allzugroßer Abhängigkeit von den Behörden stehen.

Aber nicht nur dem Handel und der Industrie schadet die Ansiedelungskommission, sondern auch der Landwirthschaft, denn indem sie den polnischen Arbeiter und Einlieger herausdrängt, beraubt sie die Wirthschaften der nothwendigen Arbeitskräfte für den Ackerbau. Auf diese Weise verfallen auch die bäuerlichen

Besitzungen und der Handwerker vermag nur mit aller Noth sein Stückchen Brod zu erwerben.

Der beste Beweis dafür, daß das Großherzogthum Posen in wirthschaftlicher Beziehung niedergeht ist der, daß die Juden schaarenweise das Großherzogthum verlassen und nach dem Westen auswandern. Der Jude zieht aus dem Großherzogthum Posen, weil er keine Geschäfte mehr machen kann. Wer aber glaubt, daß die polnischen Auswanderer das Großherzogthum Posen wirthschaftlich kräftigen, indem sie das erworbene Geld in die Heimath schicken, der irrt ebenfalls. Der Auswanderer kehrt zum Winter in die Heimath zurück, aber gewöhnlich hat er sich mit Allem schon im Westen versorgt, so daß er in der Heimath selbst nicht viel kauft. Statt dessen trägt der ausländische Arbeiter, welcher in die Stelle des hiesigen tritt, sein Verdienst in seine Heimath, denn die Zollschwierigkeiten halten ihn von größeren Einkäufen ab.

Die preußische Regierung entsendet nach Posen Professoren, welche ganz uninteressante Vorträge halten, sendet Bilder und Bücher dorthin, thut aber gerade das nicht, was sie müßte. Denn zunächst müßte sie den wirthschaftlichen Niedergang des Großherzogthums aufhalten; um Bücher und schöne Bilder werden sich die Bürger dann schon selbst bekümmern. Es ist ja bekannt, daß die Kunst und Wissenschaft aus sich selbst heraus emporblüht, wenn die Mittel nicht fehlen, um die täglichen Bedürfnisse zu bestreiten.

Aus Nr. 275 des Dziennik Kujawski
vom 2. Dezember 1898:

Klezko.

Hier ist ein Verein zur wirthschaftlichen Hebung der Stadt begründet worden, da letztere seit einiger Zeit in Folge unzulänglicher Kommunikation im Niedergange begriffen ist. Viele verlassen die Stadt, um sich an einem anderen Orte ansäßig zu machen. Der Verein beabsichtigt den Bau einer Eisenbahn, die Errichtung eines Amtsgerichtes und anderer Behörden herbeizuführen, um den Verkehr in der Stadt zu beleben und sie dadurch ökonomisch zu heben. Dem Verein sind sofort 23 Mitglieder beigetreten.

Aus Nr. 279 des Wielkopolanin
vom 7. Dezember 1898:

Gnesen.

Trotz des unter den Juden sich verbreitenden Antisemitenvereins schließen sich die Juden an die Deutschen an, und zwar besonders unsere Juden, welche auf polnischer Erde geboren worden sind. Uneingedenk der Wohlthaten, welche sie stets von den Polen erfahren haben, bilden sie ihre Kinder ausschließlich deutsch aus und treten uns gegenüber feindlich auf. Es zeigte sich dies in Gnesen bei den letzten Wahlen. Die Getreidehändler Hinkiewicz und Benjamin fuhren sogar nach Witkowo und Klezko, um gegen die Polen zu agitiren. Mögen sich unsere Landsleute diese Abneigung uns gegenüber merken.

Aus Nr. 277 des Kuryer Poznański
vom 4. Dezember 1898:

Aus der Umgegend von Gostyn.

Eben war ich auf dem Standesamte, um meine neugeborene Tochter anzumelden. Der Standesbeamte erklärte mir, daß es ihm auf Grund der Ministerialverordnung vom 9. September 1898 Nr. I A 9062 (der Minister des Innern) nicht erlaubt sei, die weiblichen Namen mit der Endung „ska“ einzutragen, sondern die weiblichen wie auch die männlichen Namen müßten mit der Endung „ski“ eingeschrieben werden.

Ich antwortete, daß dies nicht angängig und ein grober grammatikalischer Fehler sei, keinen Sinn hätte und in der Folge Unannehmlichkeiten nach sich ziehen würde. Als der Beamte sah, daß ich nicht nachgab, bemerkte er schließlich, daß es mir in diesem Falle anheimgegeben sei, einen förmlichen Antrag zu stellen, daß der Name meiner Tochter mit der Endung „ska“ eingetragen werde. Als ich dies auch that, hat sich der Beamte meiner Forderung schließlich gefügt.

Dies gebe ich bekannt, um alle auf diesen neuen Anschlag gegenüber den geheiligten Eigenthümlichkeiten unserer polnischen Sprache aufmerksam zu machen.

Wenn die oben erwähnte Verfügung wirklich den Standesämtern zugegangen ist, so ist dies eine von den vielen Manieren, das weniger aufgeklärte Volk zur Aenderung seiner Namen zu zwingen und nachdem man das erreicht hat, wird man diesen Vorgang als casus praecedens im ferneren Leben der betreffenden Personen benutzen, um, gestützt auf die Eintragungen in den Standesamts-Registern, diesen mit Strafen zu drohen, wenn diese Frauen später ihre Namen mit der Endung „ska“ schreiben sollten.

Es kann Niemand die Sache dahin deuten, daß es doch Jedem freistehe, darüber zu wachen, daß die Namen richtig eingetragen werden, da doch Jedem gestattet sei, einen bezüglichen förmlichen Antrag zu stellen. Ich frage, ob dies ein zulässiges Verfahren ist? Ist es den Beamten erlaubt, in dieser Weise den Leuten gegenüber aufzutreten, welche sogar nicht immer wissen, was ein förmlicher Antrag ist? Erfordert schließlich die Gewissenhaftigkeit an sich nicht, daß der Name eines Jeden so eingetragen werde, wie es sich gehört? — Dies ist ein Vorgehen, welches sich nicht rechtfertigen läßt, — dies ist ein neues Attentat auf unsere heiligsten, uns angeborenen und garantirten Rechte, ein Attentat, das kein Minister im Stande ist, zu erklären, sogar nicht einmal mittelst der Staatsraison —, das ist eine Beraubung der durch die Staatsverfassung gewährleisteten persönlichen Freiheit.

Ich frage, ob es gerecht ist, Unterthanen, welche dem Staate gegenüber alle Pflichten erfüllen, in dieser Weise zu behandeln? Soll nicht auch diese ministerielle Verfügung mit der Absicht zusammenhängen, die man jetzt zur Hebung der kulturellen Verhältnisse im Großherzogthum Posen in Berlin hegt?!!!

Ich mache alle wohlgesinnten Leute auf die oben erwähnte Verfügung aufmerksam, alle, denen die Zukunft ihrer Kinder am Herzen liegt, damit sie das Volk belehren, was sie in dieser Beziehung zu thun haben.

Es ist mir auch noch nicht vorgekommen, daß ich in irgend einer von unseren Zeitungen etwas davon gelesen hätte, und doch ist das eine Angelegenheit von hervorragender Bedeutung und sie müßte in den Blättern allseitig besprochen und bekannt gemacht werden.

Gleichzeitig bitte ich auch unsere Vertreter im Parlament, sich dieser Sache anzunehmen und eine bezügliche Interpellation im preussischen Landtage einzubringen. Caveant consules!

M. Z.

In obiger Angelegenheit der Schreibweise der weiblichen Namen machte vor drei Monaten Herr Rechtsanwalt Dr. von Dziembowski das nachstehende Schreiben bekannt, welches wir hier nochmals wiederholen:

Die westpreussischen Behörden begannen in letzter Zeit den Kampf gegen die Endungen der polnischen weiblichen Namen; deshalb erachte ich es für angebracht, das amtliche Material zum Zwecke der Vertheidigung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Bei den Beratungen über § 1594 des bürgerlichen Gesetzbuches habe ich die Frage der Schreibweise der polnischen weiblichen Namen berührt und darauf hingewiesen, daß diese Namen der Deklination unterliegen. Nach längerer Diskussion ist allerdings die Nothwendigkeit der Aenderung des in Rede stehenden Paragraphen nicht anerkannt, dafür aber im amtlichen Referat der Kommission folgende Deklaration eingefügt worden, welche ich für den Gebrauch durch die dabei interessirten Personen hier bekannt mache und die in wörtlichem Deutsch wie folgt lautet:

Es wurde als die einstimmige Ansicht der Kommission sowie der Regierungskommission festgestellt, das § 1594 weder die Frau und Tochter eines polnischen Vaters hindere, den Namen ihres Vaters mit der Endung a zu führen, noch auch den Standesbeamten hindere, den Namen in dieser Form in das Geburtsregister einzutragen, noch weniger aber den Standesbeamten ein Recht gebe, die Eintragung des Namens auf a abzulehnen.

Obiger Passus befindet sich in den Drucksachen des Reichstages Nr. 440 b pro 1895/96, Seite 133. (Bericht über den Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches - Familienrecht.)

Nach dieser Erklärung unterliegt es keinem Zweifel, daß jede Polin das Recht hat, ihren Namen in den Akten der Behörden mit der weiblichen Endung zu führen.

Posen, den 26. August 1898.

Dr. Siegmund v. Dziembowski,
Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneter.

Aus Nr. 276 des Dziennik Śląski
vom 2. Dezember 1898:

Wie man sieht, stört den in Witkowo wohnhaften Eisenbahndirektor der Breschener Kleinbahn sogar schon das Licht im polnischen Hotel. Als der Herr Direktor am vergangenen Sonntag nach Mitternacht am Hotel des Herrn Knast in Witkowo vorüberfuhr und noch Licht im Fenster bemerkte, schrie er seinem Begleiter zu: „Die verfluchten Pollacken sitzen noch hier!“ Wie es scheint, hat der Herr Direktor vergessen, daß sein Gehalt, welches er von der Eisenbahn bezieht, auch von den so sehr verhassten Pollacken zusammengesteuert wird, und wenn diese einmal fehlen sollten, würde die Breschener Kleinbahn einen Direktor gewiß nicht gebrauchen.

Aus No. 274 des Kuryer Poznański
vom 1. Dezember 1898

Herr Schulrath Schwalbe,

der Kreis-Schulinspektor für den Stadtkreis Posen, hat an die Vorsteher der Posener Kleinkinderschulen nachstehendes lithographirtes Schreiben gerichtet:

„Nach einem Erlasse des Herrn Ober-Präsidenten vom 15. Oktober d. J. Nr. 9849/98 O. P. soll in den hiesigen Kleinkinderschulen von einem förmlichen Religionsunterricht abgesehen werden, da die Ertheilung eines systematischen Religionsunterrichts über den Zweck solcher Anstalten hinausgeht und geeignet ist, die noch nicht im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder zu überanstrengen. Ebenso darf es fortan nicht geduldet werden, daß Kinder deutscher Nationalität in solchen Anstalten den Religionsunterricht und die sonstige Unterweisung in polnischer Sprache erhalten.“

Indem ich Euer Wohlgebornen hiervon behufs genauester Nachachtung Kenntniß gebe, mache ich zugleich darauf aufmerksam, daß schon der Ministerial-Erlaß vom 17. April 1884 U. III. a 12462 jede Vornahme der Aufgaben der Volksschule in den Kleinkinderschulen als unzulässig bezeichnet. Es kann daher wie dem Lesen und Rechnen, so auch dem Katechismusunterricht keine Stelle darin eingeräumt werden. Dagegen ist es durchaus am Platze, die Kleinen im Anschluß an einige leichtere biblischen Geschichten, welche ihnen in möglichst vereinfachter Fassung vorzuerzählen, aber nicht gedächtnismäßig einzuprägen sind, mit dem liebevollen Walten Gottes und mit der Geburt und Jugendgeschichte unseres Heilandes bekannt zu machen. Ebenso ist es unbedenklich, daß die Kinder kurze Gebete und leichte, ihrem Verstandnisse und ihrer Gedächtniskraft angemessene Lieder lernen. Im Uebrigen aber haben sich die Schulen auf die Einprägung kleiner Gedichte, Kinder- und Spiellieder, wie solche bei den einzuübenden Spielen Verwendung finden, sowie auf Anschauungs- und Sprachübungen, zu denen die nächste Umgebung den Stoff bietet, zu beschränken. Dabei ist durch entsprechenden Wechsel von Spiel und Unterweisung jede Anstrengung und Ermüdung von den Kindern fernzuhalten und als letztes Ziel lediglich anzustreben, daß die Zöglinge in ihrer geistigen Entwicklung und in der Kenntniß der deutschen Sprache soweit gefördert werden, um späterhin in der Volksschule regelmäßige Fortschritte machen zu können.

Der Königliche Kreis-Schulinspektor.
gez. Schwalbe.“

Wir geben obiges Schreiben augenblicklich ohne Kommentar wieder, dessen es übrigens nicht bedarf.

Der Schlusssatz des ersten Passus ist übrigens bereits die Veranlassung eines Mißverständnisses gewesen, dessen Aufklärung wir als unsre Pflicht betrachten. In jenem Satze ist nämlich gesagt, daß deutsche Kinder in den Kleinkinderschulen weder in der Religion noch in anderen Gegenständen Unterricht in polnischer Sprache erhalten dürften. Diese Rundgebung faßte der Vorstand der Kleinkinderschule bei der St. Adalbertskirche dahin auf, daß deutsche Kinder eine polnische Kleinkinderschule überhaupt nicht besuchen dürften, und er schickte infolgedessen alle deutschen Kinder nach Hause. Die Mütter der Kinder brachten letztere, nachdem die Sache aufgeklärt worden war, am folgenden Tage wieder in die Kleinkinderschule zurück.

Aus Nr. 277 des Dziennik Kujawski
vom 4. Dezember 1898:

Die Waisen — ein Werkzeug der Protestantisierung.

In dem früheren polnischen Dorfe Lipe bei Wittowo im Kreise Gnesen, welches die Ansiedelungskommission erworben und in „Neuzedlitz“ umgetauft hat, ist eine Anstalt für Waisen evangelischen Bekenntnisses gegründet worden, welche gleichzeitig germanisatorischen Zwecken dienen soll. Weil die östlichen Grenzgebiete der Anstalt keine ausreichende Zahl von Zöglingen gewähren, wendet sich der Vorstand an verschiedene deutsche Städte mit der Bitte um Zuweisung von Waisen an das Stift in Neuzedlitz. Eine solche Bitte wurde unter Anderem auch an die Armendeputation in Frankfurt a. M. gerichtet. Nach dem beigelegten Prospekt wird der Vorstand des Waisenhauses in folgender Weise seiner ihm obliegenden Pflichten gerecht: Er kümmert sich um die Unterbringung junger Waisen in der neugegründeten Anstalt, wo sie solange verbleiben, als sie die Schule nicht verlassen; weiter bekümmert er sich um ihre Unterbringung bei geeigneten Kolonistenfamilien, welche auf den von der Ansiedelungskommission geschaffenen Parzellen angesessen sind. Er vollzieht die Auswahl der ausersehenen Pflegeeltern und übt die Aufsicht über die Waisen unentgeltlich aus.

Weiter bekümmert er sich auch unentgeltlich um Stellen für die Waisen, sei es bei Kolonisten auf den Dörfern, wenn die Zöglinge auf dem Dorfe zu bleiben beabsichtigen, sei es auch bei Handwerkern, wenn sie Lust und Liebe zum Handwerk besitzen und während der Lehrzeit führt er über sie ebenfalls unentgeltlich die Aufsicht.

Statt dessen müssen sich die einzelnen Gemeinden oder Behörden dem Vorstande gegenüber verpflichten, für jeden einzelnen Zögling eben dieselbe Summe zu entrichten, als sie bisher auf anderen privaten Stellen für die Zöglinge zahlen mußten. Weil nun die Unterhaltungskosten in der Anstalt weit geringer sind als wo anders, hat sich der Vorstand seinerseits verpflichtet, die differirende Summe, welche man auf 100 Mark jährlich berechnet hat, auf den Namen eines jeden Zögling in der Sparkasse anzulegen.

Auf diese Weise würde jeder Zögling nach Erreichung der Großjährigkeit 800—1000 Mark baar ausgezahlt erhalten, eine Summe also, welche nach der Ansicht des Vorstandes vollständig ausreichen würde, um sich in dortiger Gegend selbständig zu machen, und zwar entweder in der Landwirtschaft oder im Handwerksbetriebe. Die Armenverwaltung in Frankfurt hat im Prinzip diesem Vorschlage beigestimmt, jedoch unter der Bedingung, daß es den Zöglingen nach Erreichung der Großjährigkeit freistehe, in die Heimath zurückzukehren, und daß sie nicht gezwungen werden, für immer im Großherzogthum Posen zu verbleiben. Weil man aber in die Anstalt Neu-Zedlitz nur solche Waisen schicken kann, welche nähere Verwandte am Orte nicht besitzen, müssen sich hiermit auch die Vormünder einverstanden erklären; aus diesem Grunde hat sich, trotzdem es in Frankfurt an armen Waisen nicht mangelt, bisher noch nicht ein einziges derartiges unglückliches Wesen gefunden, welches zu politischen Zwecken unbewußt seine Heimath und Umgebung ändern mußte.

Aus Vorstehendem geht indessen wiederum hervor, daß die Ansiedelung in einer rein katholischen Provinz auch das Lutherthum verbreitet und kräftigt.

Aus West- und Ost-Preußen.

Aus No. 273 der Gazeta Toruńska
vom 29. November 1898:

Wir erhalten nachstehendes Schreiben:

Graudenz, den 27. November 1898.

Die geehrte Redaktion

bitte ich ergebenst, folgende berichtigende Erklärung aufzunehmen:

Gegenüber der Denunziation der Gazeta Gdanska erkläre ich, daß weder ich, noch irgend ein anderes Mitglied der Redaktion sich je mit irgend welchen Wünschen oder Forderungen an Briefträger gewendet hat.

Die Wahrheit dieser meiner obigen Erklärung läßt sich leicht kontrolliren, da letztere gewiß auch zur Kenntniß der Briefträger kommen wird. Unter diesen würde sich doch wohl Einer finden, der mich Lügen strafen würde, falls meine Erklärung nicht mit der Wahrheit übereinstimmen sollte.

Viktor Rulerski.

Aus Nr. 280 der Gazeta Toruńska
vom 7. Dezember 1898:

Die Wahl des Bischofs

in Pöplin wird Donnerstag den 22. Dezember stattfinden.

Gleich nach beendeter Wahl wird der Name des neuen Oberhirten der Diözese durch einen Domherrn in der Kathedrale bekannt gemacht werden.

Möge der liebe Gott das Kreuz von uns abwenden, welches die Wahl eines offenen oder heimlichen S.-K.-Listens für uns wäre, mit welchem vor allen Dingen der Katholizismus unter den Polen schlecht wegkäme, und zwar nicht nur in unseren Gegenden, da die Unbill, die uns in der Kirche widerfährt, überall wo das polnische Wort erklingt als Echo wiederhallt, sondern sogar im ganzen Slaventhum.

Mögen Diejenigen, deren Pflicht es ist darüber zu wachen, auf der Hut sein, damit die Kirche durch die Wahl eines Germanisatoren keinen Schaden davontrage!

Aus Nr. 144 der Gazeta Grudziadzka
vom 3. Dezember 1898:

Die Antwort des Grafen Thun

paßt vielen deutschen Blättern nicht und sie ziehen ungeheuer über den Genannten her. So sehen z. B. die preußische Kreuzzeitung und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung sehr schief auf ihn und sagen, Graf Thun solle nicht anfangen, den Preußen so frech zu kommen, und er solle sich nicht in innere preußische Angelegenheiten mengen. Wenn er in der That seine Drohung wahr machen und die Ausweisungen mit Ausweisungen beantworten sollte, so würde gewiß Oesterreich dabei schlechter fortkommen, als Preußen.

Dieser Schwärmereien wird Graf Thun gewiß spotten und vor diesen Drohungen und dem großen Munde der Preußen nicht erschrecken. Aber auch die jüdische Neue freie Presse, die zwar in Wien erscheint, jedoch mit den Preußen in ein Horn bläst, raisonnirt ungeheuer und sagt, dies scharfe Auftreten

des Grafen Thun gegen die Preußen könne zum Lösen des zwischen dem deutschen Reiche und Oesterreich geschlossenen Bündnisses führen.

Nun, Graf Thun weiß wohl, was er sagen darf und muß und was nicht, und wenn das Bündniß in Folge seiner Rede einst gelöst werden sollte, so wird Oesterreich gewiß darüber nicht weinen; denn Vortheile hat es von diesem Bündniß gar keine, sondern es muß unausgesetzt der „schönen“ Augen der Herren Deutschen wegen Millionen über Millionen zur Vergrößerung der Armee aufwenden, die einst die Deutschen vor dem Russen schützen soll.

Uns Polen könnte die Lösung dieses Bündnisses nur Vortheil bringen; denn gerade diese liebe Eintracht zwischen dem Russen, Oesterreicher und Preußen ist der Anlaß, daß man uns auf die verschiedenartigste Weise drangsalirt. Wenn sie sich recht tüchtig an den Köpfen bekämen, so würden sie vielleicht einen Augenblick unser vergessen.

Unsere Abgeordneten im österreichischen Parlament, wo sie nicht wenig bedeuten, müßten daher darauf halten, daß Graf Thun den preußischen Drohungen gegenüber nicht etwa weich werde. Wollen die Preußen das Bündniß lösen, so mögen sie es thun; daß man aber die polnischen Unterthanen aus den preußischen Staatsgrenzen hinauswirft, das müßte Oesterreich weiterhin nicht dulden.

Aus Nr. 274 der *Gazeta Toruńska*
vom 30. November 1898:

Dem Jahrestage des Aufstandes vom Jahre 1830

widmet die *Gazeta Toruńska* eine Betrachtung, worin es u. A. heißt:

„Der polnisch-russische Zwist ist, — sei es, wie es wolle, — ein brudermörderischer Kampf, der für beide entzweite Nationen schädlich ist, indem er sie in der zivilisatorischen Entwicklung aufhält und zugleich Milliarden an nationaler Habe der Polen und Russen einer fremden Nation, der deutschen überliefert hat. Die Deutschen sind der sprüchwörtliche Dritte, der aus dem polnisch-russischen Zwist auch deshalb Nutzen zieht, weil dieser Kampf die aufrichtige Verbrüderung und moralische Vereinigung der beiden slavischen Nationen hindert. Kein Wunder also, daß die Deutschen vor Allem danach streben, daß der polnisch-russische Kampf niemals aufhöre.“

Als nach der Thronbesteigung des russischen Kaisers Nikolaus sowohl unter den Polen als auch unter den Russen eine versöhnliche Strömung einzusetzen begann, wer hat da eine Seite gegen die andre aufzuregen begonnen? Waren es nicht Warschauer und Petersburger Korrespondenten deutscher Blätter? In der Hauptstadt Deutschlands aus dem Munde eines hohen Würdenträgers fielen ebenfalls die Worte, daß sich unter der russischen Regierung in der Lage der Polen nichts ändern werde.

Und es scheint, als sollte diese Voraussage fürs Erste wenigstens in Erfüllung gehen. Verschiedene Verfügungen russischer Behörden aus der letzten Zeit, sowie nicht minder für jeden Polen unliebbare Äußerungen thun dar, daß der deutsche Einfluß in Rußland wiederum die Oberhand zu gewinnen anfängt über den slavischen Geist, von dem Kaiser Nikolaus II. befeelt ist und dessen hervorragendste Sachwalter die Fürsten Uchtomski und Imeretynski gewesen sind. Trotz der Warnungen dieser und anderer ehrenwerther Russen kehrt der mächtigste slavische Staat unter das

Kuratel der unverföhnlichen Feinde des Slaventhum zurück.

Und dennoch hegen wir die Ueberzeugung, daß die Novemberereignisse (vom Jahre 1830) sich nicht wiederholen werden. Polen, welches den Wahn der zivilisatorisch und historisch jüngeren Schwester bedauert, wird geduldig warten, bis diese Schwester politisch reif geworden sein wird. Dann wird die russische Nation sich ohne Zweifel von dem deutschen Einflusse freimachen und den Polen, die durch Stammesverwandtschaft und staatliche Bande mit ihr verknüpft sind, Gerechtigkeit widerfahren lassen. Die polnisch-russische Versöhnung wird ein Schutzwall für das gesammte Slaventhum der deutschen Hochfluth gegenüber werden, die nicht nur Prag und Posen, sondern sogar Warschau und Petersburg als ihre künftige Beute betrachtet.“

Aus No. 142 des *Pielgrzym*
vom 1. Dezember 1898:

Aus der Umgegend von Dirschau.

Wenn man in der Dirschauer Zeitung den Bericht über die vom Defan in Milobonz abgehaltene Kirchenvisitation liest, so erhält man den besten Ueberblick von den Fortschritten der Schulkinder im Religionsunterricht. Einem Papagei kann man ja auch das Nachsprechen ein und derselben Worte ohne Verständnis ihrer Bedeutung lehren. Einen ähnlichen Eindruck erhielt derjenige, welcher zuhörte, wie die Kinder antworteten (auf deutsch), dann auf die Frage des Defans, was dies bedeute, konnten die Kinder der zweiten Klasse mit Ausnahme von 2 oder 3 nicht antworten. (In der ersten Klasse haben die Kinder ebenso ohne Verständnis geantwortet, nur in geringerer Zahl.)

Der Herr Lehrer erklärte auf die Frage des Herrn Defans, ob er sich in der untersten Abtheilung der polnischen Sprache als Hilfsmittel bedient, daß dies ihm verboten ist. Darauf soll der Herr Defan erklärt haben: Es ist kein Wunder, wenn die Kinder ohne Verständnis antworten, da nicht einmal auf der untersten Stufe die Muttersprache zur Erklärung gebraucht wird. „Die Antworten fielen schlagfertig aus“, so schreibt der Berichterstatter der Dirschauer Zeitung. Davon z. B. eine kleine Probe: „Es giebt drei Götter!!“

Der Berichterstatter der Dirschauer Zeitung irrt sich daher, wenn er das Examen mit „im Ganzen recht gut“ bezeichnet. „Recht gut“ allerdings für das Deutschthum, ob aber auch für die Seele?

Aus Nr. 145 des *Przyjacieli*
vom 3. Dezember 1898:

Die katholischen H.-K.-Listen, welche sich mit Vorliebe in den Mantel von Wächtern der Kirche kleiden, sind in ihren Forderungen unersättlich, wenn sie sich auch in geringer Zahl in einer ganz rein-polnischen Parochie befinden. Ihre Wünsche bringen sie nicht durch berufene Faktoren zum Ausdruck, sondern sie wenden sich an preimaurerische Blätter im Geschmacke des Gefelligen; im besten Falle übersenden sie ihre Korrespondenzen dem Danziger Volksblatt, weil sie wissen, daß eine solche Korrespondenz von den weltlichen Behörden sofort aufgegriffen wird, um sich in Pöplin für die „bedrängten“ Deutsch-Katholiken zu verwenden.

Solche katolischen Katholiken fehlen auch nicht in Kulmsee. Der dortige Pfarrer Kaminski hat dort für eine Handvoll Deutschkatholiken deutsche Predigten eingeführt, — welche mit Rücksicht auf die spärliche Anzahl Hörer — in dem Kapitelsaale gehalten werden, damit der Prediger nicht vor leeren Bänken zu sprechen brauche. Das Danziger Volksblatt hat hierüber berichtet, indem es dem Kanonikus Kaminski seine Anerkennung aussprach, aber gleich in einer der nächsten Nummern veröffentlicht es eine zweite wohl aus Kulmsee stammende Korrespondenz, welche ihre Unzufriedenheit darüber ausdrückt, daß deutsche Predigten in dem Kapitelsaale und nicht in der Kirche selbst stattfänden. Es wird behauptet, daß die Zahl der Deutschkatholiken in Kulmsee ungefähr 70 beträgt und es werden für dieselben Predigten in der Kirche nach der heiligen Messe verlangt, welche um 8 Uhr beginnt, weil, wie hohäfter Betje hinzugefügt wird, die deutschen Predigten Niemanden hinderlich seien, dem „das Deutschtum selbst nicht im Wege ist.“

Vor allem fragen wir, wo hat der Korrespondent aus Kulmsee 70 Deutsch-Katholiken gefunden? Er würde soviel nicht zusammenbekommen, wenn er auch alle katholischen Lehrer und Beamten mit deren Familien ohne Weiteres als Deutsche aufzählen würde. Wenn diese Zahl zutreffend ist, dann frage ich den Korrespondenten, wie groß die Zahl der Zuhörer bei den deutschen Andachten im Kapitelsaale ist? Möge er sie im Volksblatt mittheilen, und jeder wird über sein Lamentieren lachen. Aber wir wissen morum es den katholischen H.-R.-Tisten zu thun ist. Sie möchten zu den Ihrigen die alten Weiber rechnen, welche nach der heiligen Frühmesse in der Kirche verbleiben, um zu beten und diejenigen Polen, welche vor Beendigung des deutschen Gottesdienstes bereits zum Hochamt erschienen sind. Weil nun grade das polnische Volk, das die deutsche Sprache nicht kennt, am zeitigsten in die Kirche kommt und am spätesten diese verläßt, deshalb unterliegt es keinem Zweifel, daß der deutsche Gottesdienst daselbe in seiner Andacht stören würde und es ist deshalb recht und billig, daß die deutschen Predigten im Kapitelsaale abgehalten werden, in welchem so viele Jahrhunderte hindurch der heilige Geist durch den Mund der Domherren die Oberen für unsere Diöcese berufen hat.

Wir fragen endlich, wo giebt es eine deutsche Pfarodie, in welcher für einige Duzend nicht deutscher Personen jeden Monat regelmäßiger Gottesdienst in deren Muttersprache stattfindet? Es ist uns bekannt, daß die polnischen Kolonien in Sachsen, Westfalen, der Rheinprovinz u. s. w., obgleich sie 2, 3, 4, 5 bis 7000 Polen zählen und zwar hauptsächlich erwachsene und solche, welche hohe kirchliche Abgaben zahlen, so viel Predigten in der Muttersprache nicht haben, wie die Handvoll von Deutsch-Katholiken in Kulmsee.

Es giebt zahlreiche Pfarodien, in denen Polen 50 - 90 Prozent der katholischen Bevölkerung ausmachen und dennoch giebt es dort keinen polnischen Gottesdienst. Was soll man in Anbetracht dessen zu den Forderungen der Korrespondenten des Danziger Volksblattes sagen?

Aus Nr. 144 der Gazeta Grudziadzka
vom 3. Dezember 1898:

Verlauf der hiesigen Stadtverordneten- wahlen.

Berent.

„Alle Kräfte haben wir angestrengt. In zwei Wählerversammlungen haben wir alles Mögliche be-

sprochen! Für Viele haben wir die rückständigen Steuern bezahlt! Säumige, Feiglinge, Leute, die den Mantel auf beiden Schultern tragen, ja, sogar bekannte Verräther haben wir zur Erfüllung der Pflicht angeregt und gebeten! Den Juden, die sich bisher von unserer Dummheit nähren und mästen, ihnen gegenüber haben wir Dankbarkeit an den Tag gelegt! Alles haben wir gewissenhaft erfüllt und uns wie ein Mann außer den Verräthern an der Wahlurne eingefunden! Und was war das Resultat?! Durchgefallen sind wir!...“

Das sind die bekannten Klageslieder! „Wir sind durchgefallen!“ O, das sind gräßliche, schmerzliche Worte!

In einer Wählerversammlung hat einer der Unrigen gesagt: „Wenn wir diesmal durchfallen, dann giebt es keinen Ausweg für uns!“ Aber ich sage: „Berent, Du leidest an einer ansteckenden Krankheit, an einer Stockung im Fortschritt!“ Es kuriren Dich Deine beiden wackeren Seelsorger; es kurirt ein Kreis tüchtiger Bertheidiger und Kämpen; es kurirt Dich eine zahlreiche Schaar Deiner eigenen Kinder aus dem Schooße des Industrievereins, und schließlich kuriren sogar einige polnische Blätter an Dir herum! Du aber wirst nicht gesund! Berent! Suche Arznei, sonst gehst Du zu Grunde, weil Du zu Grunde gehen mußt! Schon lange ist Dir Dein Urtheil durch Deine Bujensfreunde aus dem „Lager der drei Buchstaben“ gesprochen, sowie durch eigene Söhne, Verschlafene, Feiglinge, Mantelträger und Verräther! Und kennst Du dies Urtheil? Ein gewisser H.-R.-Tist prahlte folgendermaßen vor mir: „Unter den achtzehn Stadtverordneten giebt es nur noch zwei (Polen), und auch die werden unverweilt in der bekannten Weise ebenfalls ausgeräuchert werden. Dann werden wir uns mit den Juden auseinandersetzen, und wir werden allein schalten. Wir werden den Fronleichnamsprozessionen in der Stadt ein Ziel setzen, uns auch das Gebrüll bei Begräbnissen durch die Stadt verbitten!“

Berenter, habt Ihr das Urtheil begriffen? Berent, bis Du in der That schon so schwach, daß Du Dich nicht zur Wehr setzen kannst? O nein, zu schwach bist Du nicht, wohl aber leidend und krank! Kurire Dich, oder vielmehr nimm Arznei ein, dann wirst Du ganz gesund, dann wirst Du kräftig und mächtig werden! Nur Leute aus Deiner Mitte werden in der Stadtvertretung sitzen! Die Feinde werden Dir nicht die Freiheit entreißen, zu Fronleichnam diese majestätischen Prozessionen zu veranstalten, die ihnen derartig ein Dorn im Auge sind, daß einer von ihnen bereits auf einem Auge blind geworden ist. Man wird Dir nicht den schönen Gesang verbieten, womit Du Deine Theuren zu Grabe geleitest, und sollte man auch darob taub werden!

Willst Du also nicht zu Grunde gehen, dann kurire Dich! Du hast zwar viele wackere Söhne, die keine Mühe scheuen! Einer hat sogar die Mühe nicht gescheut, von Wiesel aus herzukommen, um seine Pflicht zu erfüllen. Aber Du beherbergst noch viele Polen, die dem Geselligen, dem Westpreussischen Volksblatt und den Danziger Neuesten Nachrichten in ihren Häusern gastliche Aufnahme gewähren, Leute, die sich gräßlich flug dünnen und Lutheraner wählen! Du hast noch Viele, die des Nationalbewußtseins entbehren, die in ihrer Dummheit alles bei den Bujensfreunden und bei Juden kaufen, indem sie ihren Feind und Henker nähren!

Agere, — non loqui! Handle, wackere Berenter Genossen! Halte ausdauernd an dem erhabenen Lösungswort fest: „Volksaufklärung wirkt

Wunder! und schreie nicht: „Wir wollen es ihnen, wir wollen es ihnen u.“

Das Weihnachtsfest naht! Diesem unbewußt handelnden Bölschen aus Stadt und Umgegend, das die Waare bei seinen Feinden einkauft, wird die Schuld erlassen werden, denn es weiß nicht, was es thut. Jedoch Ihr Aufgeklärteren, sucht es bei seinem verderblichen Schritt aufzuhalten, indem Ihr polnisch-katholische Zeitungen verbreitet und Vereine gründet! Sucht neue industrielle und kaufmännische Unternehmer materiell zu unterstützen, dann werdet Ihr siegen. Das gebe Gott! Amen!

Aus Nr. 143 der Gazeta Gdańska
vom 1. Dezember 1898:

Aus der Umgegend von Pułgig.

Es ist bekannt, daß am 13. Oktober d. J. in Kielau eine Vornwahl-Versammlung stattgefunden hat, an welcher vielleicht auch einige Ortschulzen theilgenommen haben. — Warum sollten sie auch nicht daran theilnehmen — fragt Mancher; der Ortschulze ist doch nicht Staats-, sondern Gemeindebeamter und daher freier Bürger, welcher dieses Amt nur infolge des Vertrauens seiner Mitbürger bekleidet. Außer einer kleinen Besoldung beziehen die Ortschulzen weder vom Staate, noch von der Regierung etwas, und wenn sie sich auch im Amte die Zähne ausbeißen würden und selbst nichts in der Tasche haben, wird ihnen im Alter Niemand etwas geben.

Und dennoch werden sie in manchen Angelegenheiten als Beamte betrachtet, namentlich, wenn es sich um die polnische Sache handelt. Dies wurde denjenigen Ortschulzen zum eigenen Nachtheile klar, welche an der Versammlung in Kielau theilgenommen hatten, denn, wie wir erfahren haben, erhielt jeder eine Vorladung zum Termine vor den Landrath, welcher über ihr Verhalten sehr entrüstet gewesen sei und sie gefragt haben soll, ob sie die vom Minister unterschriebene Verfügung, in welcher von den Ortschulzen erwartet wird, daß sie nur „deutsch“ sprechen sollten, nicht erhalten hätten. Im Falle des Nichterscheinens vor dem Landrath ist ihnen eine Geldstrafe von 9 Mark angedroht.

Ja, ja, so gehts auf der Welt zu. Ein derartiges Auftreten soll den Polen auch noch zur Annahme irgend einer Stellung anregen, und wenn es auch die eines „Lampenputzers“ wäre.

Aus Nr. 145 des Gazeta Olsztyńska
vom 3. Dezember 1898:

Szomburk (Schönbrück?),
den 1. Dezember 1898.

Unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes bitte ich die verehrte Redaktion in der folgenden Nummer der Gazeta Olsztyńska folgende Berichtigung der in Nr. 140 dieses Blattes enthaltenen Korrespondenz unter dem Titel „Aus der Schönbrücker Parochie“ zu bringen:

- 1) Es ist nicht wahr, daß ich in der Fastenzeit vor Ostern jeden zweiten Sonntag deutsche Andachten abgehalten habe.
- 2) Es ist nicht wahr, daß an den sogenannten deutschen Sonntagen alle Andachten nur deutsch waren.

- 3) Es ist nicht wahr, daß in der Parochie Schönbrück kaum 10 Deutsche sich befinden, welche polnisch nicht verstehen.

Er d m a n n, Pfarrer.

Wir bringen diese Berichtigung mit der größten Bereitwilligkeit und bitten unseren Korrespondenten, er möchte uns darthun, auf welche Unterlagen er seine Behauptungen gestützt hat. Wir fügen hinzu, daß sich schon früher Leute bei uns in ähnlichem Sinne beklagt haben, wie er in der Korrespondenz in Nr. 140 der Zeitung enthalten ist. Soviel wir wissen, haben in einer Wahlversammlung der Centrumspartei in Schönbrück die polnischen Theilnehmer den Pfarrer, aus Anlaß der zahlreichen deutschen Andachten als dies bis dahin war, interpellirt. Wir versichern dem Warmiak sowohl, als auch dem Volksblatt noch einmal, daß die Korrespondenz thatsächlich aus der Parochie Schönbrück herrührt, und daß sie nur, um die Sache aufzuklären, veröffentlicht worden ist.

Aus Nr. 146 der Gazeta Olsztyńska
vom 6. Dezember 1898:

In der Szomburcker (Schönbrücker) Angelegenheit erhalten wir wiederum eine Mittheilung, daß der Pfarrer in der dortigen Kirche thatsächlich öfteren deutschen Gottesdienst und deutsche Predigten eingeführt habe, als das früher der Fall gewesen sei. Es beklagten sich verschiedene Leute hierüber bei dem Pfarrer, unter diesen auch der Wirth J. Der Pfarrer erklärte, er kenne die örtlichen Verhältnisse nicht, danke dafür, daß er hierauf aufmerksam gemacht und hierüber aufgeklärt worden sei und versprach, daß er Alles wieder nach dem Alten einrichten werde. Wir wollen nicht behaupten, daß unser Korrespondent in allem Recht hatte, möglich ist es vielleicht, daß er bezüglich der Zahl der Deutschen nicht gut informiert gewesen ist. In jedem Falle war seine Beschwerde berechtigt, was selbst die Korrespondenz aus der Parochie Schönbrück im Warmiak nicht ableugnen kann. Unser Korrespondent hat sich nämlich darüber beklagt, daß selbst der „Kreuzweg“ am Fastensonntag nicht gesungen worden ist, was augenscheinlich wahr ist, den auch der Warmiak hat das nicht widerrufen.

Aus Nr. 145 der Gazeta Olsztyńska
vom 3. Dezember 1898:

Der Allensteiner „Volksverein“.

Nach den vor fünf Jahren stattgefundenen Wahlen wurde hier unter der Bezeichnung „Katholischer Volksverein“ ein Verein begründet, welchem auch Polen beitraten. Anfänglich fanden auch für die Polen besondere Vorträge statt, welche zum Theil von hiesigen Pfarrern oder solchen aus der Umgegend gehalten wurden. Es wurden auch schon einige Male polnische Lieder gesungen. Nach ungefähr einem Jahre begann der Verein einzuschlafen. Es fanden zwar hin und wieder noch Vorträge statt, aber nur in deutscher Sprache, denn es gab wahrscheinlich keine Leute, vor denen man polnische Vorträge hätte halten können. Erst jetzt nach den letzten Wahlen lebte dieser Verein wieder einigermaßen auf. Es finden regelmäßige Versammlungen statt, in welchen deutsch gesungen wird, worauf ein

deutscher Vortrag folgt, und schließlich fällt auch etwas für das Polnische ab. Material und Redner haben sich gefunden, denn es haben doch die Wahlen stattgefunden, man mußte daher danach trachten, unsere Polen davon zu überzeugen, daß sie mit ihren Landsleuten, den anderen Polen, niemals zusammengehen möchten, sondern mit den Deutschen. Die Wahlen sind beendet und wir glaubten daher, daß die Polen irgend welche nützlichere Vorträge zu hören bekommen würden. Der Volksverein bereitere den Polen aber eine solche Ueberraschung, wie wir sie niemals erwartet hätten.

Es liegen vor uns zwei deutsche hiesige Blätter, nämlich das katholische Volksblatt und die konservativ angehauchte Allensteiner Zeitung. Wir lesen und können es nicht glauben, daß man es habe wagen können, den Polen etwas Derartiges zu sagen. Nach diesen beiden Blättern hat der Pfarrer Baranowski aus Allenstein, ein Pole, zu den in dem Volksverein versammelten Polen Folgendes gesagt:

„Es wird für Euch am besten sein, wenn Ihr Euch für Deutsche halten und mit den Deutschen Hand in Hand gehen werdet. Lernet daher deutsch fühlen (!) und deutsch denken (!)“

Was wir nicht erwartet haben, das haben wir erlebt. Öffentlich also, in einer Versammlung wird das polnische Volk aufgefordert, sich seiner Nationalität, seiner Sprache zu entäußern, damit es sein eigener Verräther werde. Und auf das Alles hat keiner von unseren Polen erwidert, obgleich das nur im Gasthause, beim Glase Bier sich ereignete. Man hat augenscheinlich auf die Biederkeit unseres Volkes gerechnet, aber über eine solche Rechthchaffenheit, welche sich geradezu in den Augen verhöhnen läßt, mußte man weinen.

In ganz Ermland haben wir nur in Allenstein einen Volksverein, welcher unter der Leitung der Geistlichkeit steht, und es zuläßt, daß auch polnisch gesprochen werde. Welche Bärendienste dieser Volksverein der polnischen Bevölkerung leistet, dafür dient die Rede des Pfarrers B. zum Beweise. Es charakterisirt das auch zur Genüge unsere Verhältnisse und die höhere Intelligenz aus unserm Volke.

Vor kurzem haben wir berichtet, daß ein Arzt, der Sohn eines Polen, zu den H.-R.-Listen übergetreten ist. Jetzt haben wir es erlebt, daß auch ein junger Kaplan, ebenfalls der Sohn eines polnischen Bauern, unserm Volke den Rath erteilt, deutsch fühlen und denken zu lernen und es werde ihm dann besser ergehen. Wir glauben, es würde besser sein, wenn wir in unserer Gesamtheit uns überhaupt zu solchen Landsleuten nicht zu bekennen brauchten, welche, nachdem sie eine höhere Bildung genossen haben, anstatt dem Volke bei der Erhaltung seiner idealen Güter, wie das für jeden seine Muttersprache und Nationalität ist, beizustehen, ihm rathen, das polnische Fühlen und Denken zu verlieren. Angesichts dessen müssen wir sagen: Schütze uns, Herr Gott, vor unseren Freunden, denn mit unseren Feinden werden wir uns schon selbst Rath wissen.

Aus Nr. 146 der Gazeta Olsztyńska
vom 6. Dezember 1898:

Wir erhalten folgenden Brief:

Dietrichswalde, den 3. Dezember 1898.
Ich erkläre hiermit, daß ich weder den Korrespondenten aus Dietrichswalde betreffend die Wahlen, welche Ende Oktober in der Gazeta

Olsztyńska enthalten war, noch die Korrespondenz aus der Parochie Schönbrück (?) (Szomburk) in Nr. 140 der Gazeta Olsztyńska, welche die Verdeutschung in der dortigen Kirche betraf, — Verhältnisse, welche mir nicht genügend bekannt sind, verfaßt habe, was der Herausgeber der Gazeta Olsztyńska selbst bekunden wird.

Wenn das Allensteiner Volksblatt die genannte Korrespondenz mir hartnäckigerweise zuschreibt, und dabei über meine Krankheit spottet, werde ich daselbe als einen öffentlichen Lügner, einen Denunzianten und Verleumder brandmarken, sobald es das nicht bestimmt widerruft.

1) Als dem äußern Schein nach katholisches Blatt, belügt einmal das Volksblatt durch falsche Beschuldigungen seinen Leser — was mich nichts angeht — aber dadurch mich und Dietrichswalde in ein schlechtes Licht stellt;

2) denunziert es mich bei den Behörden als den schlimmsten Störenfried der gegenwärtigen Ordnung;

3) zieht es mir den Haß der Geistlichkeit in Ermland zu.

Ein solches „Volksblatt“, mag es nun zum Beschützer der Geistlichkeit ausgewählt worden sein, oder sich selbst aufgedrängt haben, mag die Sachen vertheidigen wie es dies kann und versteht; aber möge es nicht in jedem Falle auf die Korrespondenten Jagd machen und auf die Niederschmetterung Unschuldiger abzielen. — Die Geduld hat ihre Grenzen, wenn diese überschritten werden, kann vielleicht ein Ausbruch erfolgen.

A. Samulowski.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 275 des Goniec Wielkopolski
vom 2. Dezember 1898:

Aus Oberschlesien.

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Ich habe Ihnen versprochen, daß ich hin und wieder an den Goniec schreiben werde, bis jetzt hatte ich jedoch wenig Zeit dazu. Zunächst möge es mir erlaubt sein, in wenig Worten unser Verhältniß zu unserem Herrn Pfarrer zu schildern, welchen ich nicht mehr als einen Verdeutlicher, sondern als einen Feind der Aufklärung des polnischen Volkes und als einen Todfeind derjenigen eifrigen Patrioten bezeichnen muß, die diese Aufklärung in dem Volke verbreiten und die sich dadurch der Verfolgung der deutschen Chauvinisten aussetzen, zu welchen wir auch unseren Herrn Pfarrer, obwohl er aus dem polnischen Volke stammt, rechnen müssen. Wir werden in einer unangenehmen Weise von ihm verfolgt, denn anders als unangenehm können wir sein Verhalten nicht nennen. In unserem Städtchen bin ich längst als ein Anhänger und Verbreiter polnischer Blätter bekannt. Meinen Bemühungen ist es gelungen, daß bei uns ein polnischer Verein gegründet wurde und in demselben ein Liebhabertheater gespielt wurde. Unser Pfarrer hat von alledem Kenntniß, er weiß auch, wer der Urheber davon ist, deshalb tritt er gegen den Vorsitzenden unseres Vereins feindlich auf. Gegen die Theateraufführung zeterte er offen von der Kanzel herab und doch muß ich bemerken, daß der deutsche Kriegerverein und Gesangverein oft Vergnügungen mit großem Gepolter und Geräusch veranstalteten, ohne irgendwie gestört zu

werden. Was sollen wir dazu sagen? Es giebt hierfür keine Worte. Endlich trat etwas Ruhe ein, da kamen die Landtagswahlen. Unser Pfarrer stellte den Urwählern die Wahlmänner-Kandidaten auf und sagte: „Wen ich will, den müßet Ihr wählen.“ Selbstverständlich sind diese Kandidaten den Polen möglichst feindlich gesinnt. Einer der Anwesenden bemerkte, die Wahlen seien frei und das Volk werde sicherlich andere Wahlmänner wählen. Darauf, als hätte er in ein Wespennest gegriffen, fuhr der Pfarrer den braven Landsmann und oben-drein auf offener Straße vor dem Magistratsgebäude heftig an, nannte ihn einen Aufwieglers seiner Parodie und den Urheber aller Zwistigkeiten u. s. w. Er war so böse, daß man mit ihm auch nicht ein Wort sprechen konnte. Es kam zur Abstimmung. Es wurden, nicht dem Wunsche des Herrn Pfarrers entsprechend, drei Wahlmänner aus dem Volke gewählt. Oben-drein noch wurde unser Vereinsvorsitzender, obwohl er erst 26 Jahre alt ist, gewählt. Sie hätten da, Herr Redakteur, die Wuth sehen sollen, Sie hätten ein schönes Bild bekommen. Selbst Andersgläubige sagten, es gezieme sich nicht, eine solche Wuth zu zeigen. Unlängst fand die Hochzeit eines unserer „großpolnischen Agitatoren“ statt. Zu diesen Zwecke mußte er sich zu dem Herrn Pfarrer nach dem Tauschein begeben und um Beiseinigung seines Aufgebots bitten. Jetzt ließ der Herr Pfarrer seine ganze Wuth los und als der Bürger ruhig antworten wollte, drohte er, ihn aus der Thür zu werfen. Ueberhaupt würde ich das Verhalten unseres Pfarrers uns gegenüber nicht auf einer Kuhhaut zu beschreiben im Stande sein.

Ich muß hier an dieser Stelle auch meiner Unzufriedenheit mit einigen obereschlesischen Blättern zum Ausdruck bringen. Manche von ihnen haben seit einiger Zeit vollständig den polnischen Charakter eingebüßt, sie sind weder gehauen noch gestochen, weder warm noch kalt. Des „lieben Friedens“ willen werden unsere wichtigsten Sachen nicht berührt. Ihr Lösungswort ist: warten und immer nur warten bis bessere Zeiten kommen. Indessen werden wir von verschiedenen Kulturträgern so behandelt, als wären wir keine Menschen. Werden wir denn durch dieses Nachgeben, durch diese Friedfertigkeit etwas erreichen? Wahrlich nichts! Wir haben dafür Beispiele. Eine Schande ist es für alle Diejenigen, die während der Reichs- und Landtagswahlen ruhig hinter dem Ofen gesessen haben. In uns Oberschlesiern lodert ja doch noch ein Funke und unsere Blätter müßten Del zugießen, damit der Funke zur Flamme werde. Diese Pflicht erfüllt einzig und allein noch die Gazeta Opolska. Wir wollen hoffen, daß die obereschlesischen Blätter bei den nächsten Wahlen eine rein polnische Haltung annehmen und nur volksparteiliche Kandidaten aufstellen werden, nicht aber solche Herren, wie Ballesire u. s. w., die schlimmer noch wie Wolf die Polen auf das Maul schlagen wollen. Wir wünschen Abgeordnete aus der polnischen Volkspartei und die Blätter müßten jetzt schon den Boden hierzu vorbereiten. Also vorwärts, eifrig an die Arbeit, denn wir werden von dem Schicksal arg bedrückt. Aber nicht nur die Wahlen sind bei uns so ruhig verlaufen. Haben denn z. B. unsere Blätter auch nur mit einem Worte der nationalen Gedenktag gedacht? Weiß denn das obereschlesische Volk etwas von dem Kosciuszko'schen Aufstande, von Mickiewicz, von den wunderschönen Erzählungen des noch lebenden Sienkiewicz? Kennt denn unser Volk auch nur annähernd unsere Brüder jenseits der Grenze. Tragen da nicht unsere Blätter allein die Schuld daran? Uns müssen doch unsere

Angelegenheiten mehr interessiren, als z. B. Berlin, Dreyfus u. s. w. Wir wenden uns daher an die obereschlesischen Blätter: Tretet offen auf, streift die Furcht ab, denn hinter Euch steht das Volk, schlaget fest den nationalen Ton an, arbeitet fleißig an der wahren Aufklärung des Volkes und wir, die bereits aufgeweckten Oberschlesier, werden Euch von ganzem Herzen helfen. Unsere Gegner aber werden, obwohl sie uns anfänglich zürnen werden, wenn sie das nationalselbstbewußte Volk sehen werden, aufhören uns geringschäßig zu behandeln, im Gegentheil sie werden uns achten.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 172 des Dziennik Berliński
vom 26. November 1898:

Betrifft die polnischen Predigten.

Wir können unseren Lesern heute mit einer Mittheilung darüber dienen, wie es mit der Einführung polnischer Predigten für den Norden Berlins steht: Wir erhielten nachstehendes Schreiben:

„Allen, welche die Angelegenheit betreffend den polnischen Pfarrer und die polnischen Andachten für die St. Sebastianparodie angeht, biete ich folgende Aufklärung: In der ad hoc abgehaltenen Versammlung wurde eine Deputation gewählt. Wir waren in Stärke von fünf Mann beim bischöflichen Delegaten, Pfarrer Reuber, und händigten demselben die Bittschrift ein, damit dieselbe gemäß dem Beschlusse der Versammlung an den Fürstbischof Kopp weiterbefördert werde. Doch stellte uns Pfarrer Reuber sofort vor, daß es wegen Mangels eines polnischen Priesters unmöglich sei, polnische Predigten einzuführen. Auf die Bemerkung, daß gegenwärtig der fließend polnisch sprechende Pfarrer Zonck an der Sebastiankirche amire, gab uns Pfarrer Reuber den Bescheid, daß es, falls er die Petition gemäß dem Wunsche der Petenten absenden sollte, nicht lange dauern würde, so werde Pfarrer Zonck abberufen werden und wir würden nicht allein keine polnischen Predigten, sondern auch keine Gelegenheit haben, polnisch zu beichten. Pfarrer Reuber rieth uns, die Sache bis nach Pfingsten ruhen zu lassen, da dann neue Pfarrer ausgeweiht würden. Bei Wiederholung meiner Frage erhielt ich den Bescheid, daß es fürs Erste unmöglich sei, polnische Predigten abzuhalten, ehe eine ständige Propstei hergerichtet sei. Es war nämlich Pfarrer Reuber noch nicht bekannt, wer das Recht haben werde, die Propstei zu bezeugen, ob die Regierung oder die kirchliche Behörde, da die Sache noch nicht mit der Kirche selbst geregelt ist. Pfarrer Reuber rieth uns, eine Bitte an den Herrn Erzbischof v. Stabilewski zu richten in dem Sinne, daß vielleicht ein Austausch zwischen den beiden Diözesen vorgenommen würde. In der ad hoc abgehaltenen Berathung ließen wir dies Projekt in der grundsätzlichen Ansicht fallen, daß jeder Seelenhirte am besten wissen müsse, was seine Schäfchen bedürfen. Möge diese kurze Aufklärung genügen. Pfarrer Zonck ist gegenwärtig in der Hedwigkirche beschäftigt, aber an der Sebastiankirche ist ebenfalls ein Pfarrer angestellt, der gut polnisch spricht; an der Herz-Jesukirche wirkt der polnische Pfarrer Nowak: mithin hat es keine Schwierigkeiten bezüglich der Pfarrer, sondern bezüglich der Predigten.

Im Namen der Deputation

Edmund Janiszewski.“

Indem wir der geehrten Kommission für ihre wiederholten Bemühungen jede Anerkennung zollen, können wir uns doch nicht enthalten, im Interesse der Allgemeinheit einige kurze kritische Bemerkungen zu machen. Vor Allem glauben wird, daß die Kommission, wenn sie schon soviel gethan hat, noch hätte an den Herrn Erzbischof v. Stablewski eine Bitte richten können, wie dies Pfarrer Neuber angerathen hat. Wir begreifen durchaus, daß die Kommission die fruchtlosen Bemühungen satt bekommen hat und daß sie daher angesichts der gewonnenen moralischen Ueberzeugung, daß die hiesigen höheren Behörden mit der Veranstaltung von polnischen Predigten nicht einverstanden sein würden, den Erzherzten der heimathlichen Diözese nicht vergebens hat bemühen wollen. Möglich, daß fürs Erste diese Ansicht der Kommission die richtige gewesen ist. Doch muß erwogen werden, daß die polnisch-katholische Bevölkerung in Berlin immer mehr anwächst. Man hätte also wenn auch erst nach einiger Zeit nach der gedachten Richtung hin Anstrengungen machen können. Die Kommission hat auf eigene Faust beschlossen, weitere Bemühungen zu unterlassen. Vielleicht war das nicht das Richtige. Unserer Ansicht nach gilt es, sie mit verdoppeltem Eifer aufzunehmen.

Aus Nr. 276 des Postep
vom 3. Dezember 1898:

Rechenschaftsbericht über die Thätigkeit des Vereins der Polinnen „Wanda“ in Moabit.

Berlin, den 1. Dezember 1898.

Der Verein der Polinnen „Wanda“ ist am 8. Dezember 1889 in Moabit begründet worden. Er hat sich die gemeinschaftliche Belehrung durch Vorträge, Deklamationen und nationale Gesänge zur Aufgabe gemacht.

Die Thätigkeit des Vereins im 9. Jahre war folgende:

Der Verein besteht aus 95 Genossinnen, von denen 3 wegen verschiedener Differenzen ausgeschlossen wurden. Ordentliche Sitzungen fanden 42 statt, freie 4 und 4 Vorstandssitzungen. An den Sitzungen nahmen 40—50 Genossinnen theil. Außer ihnen waren Gäste anwesend.

Im verflossenen Jahre fanden folgende Vergnügungen statt:

Das Stiftungsfest; die Weihnachtseinbescheerung für arme Kinder, welche der Verein zusammen mit dem Verein des heiligen Kasimir veranstaltete, ein Maskenball, am ersten Osterfeiertage eine Theatervorstellung und 4 Monatsvergnügungen im Sitzungssaale.

Der Verein abonniert folgende Zeitungen: den Wielskoplanin, die Praca, den Drendownik und 2 Exemplare des Dziennik Berlinski.

Die Bibliothek setzt sich aus 134 Bänden und 40 Gesangbüchern zusammen, von denen 34 Genossinnen Gebrauch machten.

Wenn eine Theilhaberin aus unserer Mitte heirathet, erhält sie einen Hochzeitskranz. Der Verein unterhält eine Begräbniskasse, aus welcher bei jedem Todesfall 30 Mark gezahlt werden.

Er war Mitglied des Komitees des Vereins „Osmiata“ und „Przytulisko“. Heilige Messen ließ er 4 lesen und zwar für das Wohlergehen unseres Vereins, wobei die Genossinnen sich gemeinschaftlich

zur heiligen Kommunion begaben und 2 für die verstorbenen Mitglieder. Für die Kirche opferte der Verein 42 Mark. 7 Kinder wurden bei der ersten Kommunion beschenkt und zwar zu je 3 Mark, eins erhielt 5 Mark.

Der Verein nahm mit der Kirchenfahne an folgenden Feierlichkeiten theil: An der Grundsteinlegung in Weißensee, an dem silbernen Jubiläum des Priors in der Kirche des heiligen Paulus, des Pfarrers der Parochie des heiligen Matthias und bei der Einweihung der Herz-Jesu-Kirche.

Der Kassenbestand stellt sich wie folgt dar: Aus Vergnügungen kamen 148,60 Mark ein, die freiwilligen Beiträge betrugen 82,85 Mk., das Mitglieder-Eintrittsgeld 14,50 Mk., die Monats-Beiträge 106,20 Mk. Zusammen betrug demnach die Einnahme 344,55 Mk.

Die Ausgaben gestalteten sich folgendermaßen: Für die Paulskirche in Wusterhausen 42 Mk., für 4 Messen zusammen 12 Mk., für die zur Kommunion vorbereiteten Kinder 23 Mk., Zeitungsabonnement 35,60 Mk., für das Weihnachtsfest 30 Mk., für den Transport der Fahne 6,80 Mk., Korrespondenzen 13,38 Mk., Annoncen 14 Mk., für den Verein „Przytulisko“ 12 Mk., für Gesangbücher 12 Mk., für die Konferenz des heiligen Vinzent 12 Mk., für Hochzeitskranz und Geschenke 41,30 Mark.

Die Ausgabe betrug demnach 254,08 Mark. Es verbleiben demnach 90,37 Mk. für das laufende Jahr.

Der gesammte Kassenbestand beträgt 529,84 Mk. Von diesem Betrage befinden sich in der Schatulle 308 Mk., in einer deutschen Kasse 190 Mk., im Hause der Kassirerin 31,84 Mk.

Im verflossenen Halbjahr waren im Vorstande folgende Herren und Damen thätig: Vorsitzende war Frau Tischler, Stellvertreterin Dolacka, Schriftführerin Raczmarek, Stellvertreterin Raczkowska, Schatzmeisterin Balcerek, Stellvertreterin Dominalska, Kuratorin Sawala, Stellvertreterin Tarczewska.

Den Vorstand für das kommende Halbjahr bilden folgende Personen: Vorsitzende Frau Tischler, Stellvertreterin A. Lasiewicz, Schriftführerin B. Lasiewicz, Stellvertr. Balcerek, Schatzmeisterin Jackowska, Stellv. Smieszalska; zur Kirchenfahne gehören die Damen A. Lasiewicz, Brendel und Smieszalska; zur nationalen Fahne die Damen: Smilowska, Warenska und Picharska. Bibliothekarinnen sind: Rozniakiewicz und Smieszalska; Beisitzerinnen: Brendel, Rozniakiewicz und Winińska; Kurator ist Herr Tarczewski, Stellvertreter Latanowicz.

So viel also haben wir mit Gottes Hilfe und derjenigen edelmüthigen Personen zu Stande gebracht. Wir sind zwar schwache Frauen, unser Lösungswort aber ist: leben und arbeiten für den Glauben und die Nationalität, für die Erziehung unserer Kinder zu eifrigen Katholiken und wahren Polen, damit uns nicht einst der Vorwurf treffe, daß die Frauen, die polnischen Mütter zum Verlust unserer Sache beigetragen haben. Eine Frau hat zwar das Unglück über das Menschengeschlecht heraufbeschworen, eine Frau hat aber auch die Erlösung gebracht. Deshalb werden auch wir standhaft und ausdauernd arbeiten, um den theueren Schatz nicht zu verlieren, welchen wir von unseren Vätern ererbt haben und Gott wird uns beistehen.

B. Lasiewicz, Schriftführerin,
Lübeckerstr. Nr. 48.

Aus Nr. 278 des Ogródownik
vom 6. Dezember 1898:

Leipzig.

Der polnische Industrieverein in Leipzig hat im verflossenen Quartal 11 ordentliche, eine Generalversammlung und eine Vorstandssitzung abgehalten. In den Versammlungen wurden zur Belehrung der Mitglieder und zur Entwicklung des Vereins Artikel verschiedenen Inhalts aus Zeitungen und Büchern vorgelesen. In einer Versammlung hielt Herr Bienkowski eine Vorlesung über das Thema: „Folgen der Theilung Polens durch Boleslaus Schiefmaul.“ Der Fragekasten lieferte hinlänglich Material zur Aufklärung der Mitglieder und zur Entwicklung des Vereins. Im vergangenen Vierteljahr unternahm der Verein einen größeren gemeinsamen Ausflug in die Umgegend von Grimma. Der sehr rührige Vereinsvorstand besteht aus den nachstehenden Herren: Vorsitzender Karl Donat, Schriftführer Ludwig Hajdrych, Kassirer Johann Glubka — gegenwärtig vertretungsweise Wladislaus Mafowiaf —, Bibliothekar Michael Aniola. Am Schlusse des Quartals zählte der Verein 16 aktive und 3 Ehren-Mitglieder und zwar sind dies die Herren Komendzinski aus Dresden, Stanislaus Stefanski aus Mejeritz und J. Jablonowski aus Warschau.

An den Versammlungen haben durchschnittlich 10 Mitglieder und eine ansehnliche Zahl Gäste theilgenommen. Außer den Sitzungen an den Dienstagen, finden jeden Sonntag und Feiertag Zusammenkünfte statt, in welchen der Verein bei lebhafter Unterhaltung und nationalen Gefängen angenehme Augenblicke verbringt. An Zeitschriften abonniert der Verein: den Ogródownik, die Praca, den Djabel, den Polak, den Kurjer handlowo-przemyslowy und die amerikanische Zgoda, welche der Verein unentgeltlich erhält, wofür er seinen Dank ausspricht.

Der Kassenstand ist folgender: Der Restbestand des II. Quartals beträgt 115 Mk. 55 Pf., die Einkünfte des II. Quartals betragen 26 Mk. 90 Pf.; ergiebt 142 Mk. 45 Pf.; die Ausgaben des III. Quartals betragen 18 Mk. 34 Pf., es bleibt also für das IV. Quartal ein Bestand von 124 Mk. 11 Pf.

Außer der eben bezeichneten Summe befindet sich ein Betrag von 101 Mk. 43 Pf. in der Sparkasse.

Die Bibliothek enthält 210 Werke in 250 Bänden, sowie 48 verschiedene Theaterstücke und Noten für Musik und Gesang.

Das Inventar des Vereins besteht aus: einen Schrank für die Krakauer-Kostüme, welche ebenfalls Eigenthum des Vereins sind, 1 Schrank für die Bibliothek, 1 Schränkchen für den Schriftführer. Außerdem besitzt der Verein eine Karte des Königreich Polens, ein Bild der Schlacht bei Wien, der Polonia, der Konstitution vom 3. Mai, Photographien von Mitgliedern aus früherer Zeit, sowie ein Bild des Denkmals des Fürsten Joseph Poniatowski, das polnische Wappen, Fahnen und andere Ehrenzeichen für nationale Umzüge.

Alle in Leipzig und Umgegend wohnenden Landsleute, bitten wir, unsern Vereine beizutreten, denn hier ist ein wahrer Heerd zur Erhaltung der polnischen Sprache; hier werden den Landsleuten in der Fremde die freien Augenblicke angenehm vertrieben.

Die Versammlungen werden jeden Dienstag, Abends 9 Uhr im Vereinslokal Restaurant „Bayrische Krone“, Jacobstraße Nr. 1 abgehalten.

Ludwig Hajdrych,
Schriftführer.

Aus Nr. 142 der Gazeta Ostrowska
vom 1. Dezember 1898:

Bremerhafen.

Der Verein unter dem Patronat des heiligen Josef in Bremerhafen hielt am 20. November eine Generalversammlung ab, in welcher die Wahl des neuen Vorstandes vollzogen wurde. Es wurden gewählt zum Ehrenvorsitzenden Pfarrer Kapelan, zum Vorsitzenden Thomas Sikora, zu dessen Stellvertreter Josef Nowakowski, zum Schriftführer Johann Smist, zum Stellvertreter Lorenz Jalczynski, zum Schatzmeister Franz Marciniak, zu dessen Stellvertreter Franz Kleneci, zum Bibliothekar Kaspar Mazajczyk, zu seinem Stellvertreter Stanislaus Rapior, zu Kassenrevisoren Ludwig Wojciechowski und Lorenz Molus, zu Schöffen Franz Bieganski und Stephan Wojaczek, zum Fahnenträger Thomas Sikora, zu Fahnenjüngern Franz Briganski und Andreas Kanabejski.

Aus Nr. 143 des Wiarus Polski
vom 1. Dezember 1898:

Herne.

Jahresbericht über die Thätigkeit des Vereins unter dem Patronat des heiligen Stanislaus in Herne für die Zeit vom 9. November 1897 bis 6. November 1898.

Der Verein zählte 182 Mitglieder, von diesen traten 11 aus verschiedenen Gründen aus, infolge unregelmäßiger Zahlung der monatlichen Beiträge waren wir genöthigt 13 zu streichen, es gehen also 24 Mitglieder ab, sodaß für das laufende Jahr 158 zahlende Mitglieder verbleiben. Von diesen Mitgliedern waren im verflossenen Jahre 46 krank, welche 477 Mark Unterstützung erhielten. Heilige Messen ließ der Verein 5 lesen, und zwar für das Wohl der lebenden und verstorbenen Mitglieder. Unser Verein nahm vier mal an Feierlichkeiten benachbarter Vereine theil, sowie an der 20jährigen Jubiläumsfeier des heiligen Vaters. Wir feierten auch das Weihnachts- und Osterfest gemeinschaftlich und veranstalteten außerdem 4 Vergnügungen. Es fanden 20 ordentliche und 4 außerordentliche Versammlungen statt. In der Bibliothek befinden sich 187 Bücher, welche Eigenthum des Volksbibliothekenvereins in Posen sind. Von Zeitungen abonnieren wir den Wiarus Polski und den Wielkopola nin. Die Einnahme betrug 1540,87 M., die Ausgabe 1138,33 M., es verbleiben demnach 403,54 M. Hiervon wurden am 18. Juli d. J. 100 M. in die Sparkasse gegeben, es verbleiben demnach bei dem Kassirer für das folgende Jahr 303,54 M. In der Sparkasse befinden sich 556,84 M. Das ganze Vermögen des Vereins beläuft sich auf 860,38 M. Alle dem Verein gehörige Gegenstände sind gegen Feuer versichert.

In den Vorstand wurden folgende Mitglieder gewählt: Pfarrvikar Bitter zum Ehrenvorsitzenden, Stanislaus Janowski zum Vorsitzenden, Augustin Magilka zu seinem Stellvertreter, Mathias Schmutala zum Schriftführer, Valentin Dudziak zum Stellvertreter, Franz Matkowiak zum Kassirer, Isidor Kalota zum Stellvertreter, Stanislaus Pijczalka zum Bibliothekar, Johann Baranski zum Stellvertreter, zu Kassenrevisoren für das erste Quartal Stanislaus Lemanski und Jakob Pawlowski, zum Fahnenträger Ignaz Roga, zu dessen Stellvertreter Valentin Musiak, zu Fahnenjüngern Valentin Wojt-

czak und Jesej Majorczyk, zu Stellvertretern Adalbert Amieci und Josef Helik. Alle den Verein betreffenden Briefe bitten wir zu Händen des Vorsitzenden oder Schriftführers zu überreichen.

St. Jankowiat, M. Smukala,
Vorsitzender. Schriftführer.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 46 des Kraj
vom 12. (24.) November 1898:

Im preussischen Landtage.

Nach der Niederlage der Polen bei der deutschen Reichstagswahl erwartete man mit bangem Gefühl die Landtagswahl. Die Vorahnungen täuschten nicht. Wir werden nicht nur im deutschen Reichstage, sondern auch im preussischen Landtage eine der Zahl nach schwächere Vertretung als bis jetzt haben. Von den 17 Landtagsmandaten verloren wir vier. Die polnische Fraktion wird nur aus 13 Mitgliedern bestehen. Soll das ein Beweis dafür sein, daß die polnischen Kräfte trotz aller Opfer, trotz Mühe und Arbeit und ungeachtet der politischen Routine, im Vergleich zu den Deutschen schwächer und geringer werden? Sollen wir denn Alles, was bis jetzt über die Stärkung des polnischen Elementes gesagt worden ist, als in das Reich der Sagen und Täuschungen gehörend betrachten? Wir glauben, daß, falls wir dies thun wollten, wir einen großen Fehler und auch eine schwere Sünde begehen würden. Um diese traurige Erfahrung, die wir hier im Sinne haben, zu erklären, brauchen wir nicht gleich zu den zweifelhaften Hypothesen unsere Zuflucht zu nehmen. Das Räthsel kann auf eine einfachere und leichtere Art gelöst werden. Der Ursachen, die zum Siege der Deutschen beigetragen haben, giebt es mehrere. Das Landtags-Wahlgesetz räumt bekanntlich den wohlhabenderen Wählern ein bedeutendes Uebergewicht ein. Die Ansiedelungs-Kommission hat, trotz des Zuwachses an polnischer Bevölkerung, die Zahl der deutschen Landwirthschaften in der Provinz vermehrt und dadurch hat sich auch die Anzahl der deutschen Stimmen gehoben. Sie mußte dieses Ergebniß herbeiführen, ohne Rücksicht darauf, ob das parzellirte Gut vorher Eigenthum eines Polen oder eines Deutschen war. Dieser Ansiedlungsmacht verdanken die Deutschen angeblich ihren Sieg in dem Wahlbezirk Wągrowitz-Zuin. Im polnischen Lager wurde befürchtet, ein ähnliches Schicksal würde den Gnesener Bezirk treffen. Glücklicherweise blieb Gnesen gerettet. Die Regierung versteht nicht allein durch die Ansiedler den deutschen Kandidaten Stimmen zuzuwenden, sie verfügt noch über andere Mittel. Eines der bekanntesten ist die sogenannte Wahlgeometrie. Dieses erprobte System beruht auf einer geschickten Abrundung der Wahlbezirke. Dort, wo die Grenzen zwischen denselben nach den Grundsätzen der preussischen Geometrie verlaufen, geht keine deutsche Stimme verloren. Solche Wähler, ohne die man sich behelfen kann, also überzählige, überflüssige Wähler werden aus solchen Kreisen, die auch ohne sie einen Deutschen gewählt hätten, ausgeschieden und anderen Kreisen zugetheilt, in welchen, ohne ihr Zutun, ein Pole durchgekommen wäre. Bei einer gewissen Geschicklichkeit der Beamten erhalten die Bezirke eine entsprechende Gestalt und der Sieg fällt den Deutschen zu. Die ganze Furie des H.-R.-Tismus fiel diesmal schwer in die Waagschale.

Vor den Wahlen schmeichelten die Freisinnigen den Polen, ihr Kandidat kam mit polnischen Stimmen in Posen durch. Zur Gegenseitigkeit fühlten sie durchaus keine Veranlassung, denn in Murowana Goslin, im Posen-Oborniker Wahlbezirk stimmten die Freisinnigen zusammen mit den Konservativen. Der polnische Kandidat, Herr Bernhard v. Chrzanowski, unterlag einem Deutschen. Nicht umsonst wurde die deutsche Meinung durch so viele Jahre bearbeitet. Die deutschen Wähler haben nicht einmal diejenigen Kompromisse gehalten, welche ihre Vertreter mit den Polen abgeschlossen hatten. Die germanische Fluth hob ihr Niveau um einige Fuß und ebnete alle Untiefen und jedes Gebüsch. Im Besitze der Polen blieben nur höher gelegene und der steigenden Fluth unzugängliche Plätze. Sollte es nicht noch einen anderen Grund gegeben haben? Es ist schwer daran zu glauben, die Posener Blätter sprechen jedoch so viel davon, daß wir schließlich daran glauben müssen. Diejenigen Blätter, welche die Volksbewegung unterstützen und diejenigen, welche sie bekämpfen, machen sich gegenseitig die größten Vorwürfe. Weder die Regierung, noch die H.-R.-Liste kommen in Betracht, an Allem ist die andere polnische Partei schuld. Dieselben, mitunter wörtlich dieselben Vorwürfe lesen wir in den Blättern der Hospartei. Nach erlittener Niederlage wurden die Kompromisse mit den Deutschen unvolkshümlich, die Volksparteiler schwören natürlich hoch und theuer, daß nur die Anhänger der Versöhnungspartei zu Kompromissen gedrängt hätten, diese dagegen beweisen schwarz auf weiß, daß, falls es keine Volksparteiler gäbe, an Versöhnung Niemand auch nur im Traum gedacht hätte. Und so ist es überall. Es wäre uns leichter um das Herz, wenn wir nach den beiderseitigen Anschuldigungen die Ueberzeugung gewonnen hätten, daß beide Seiten irren und den Polen keine Schuld zuzumessen sei. Leider ist die Reihe der Beschwerden eine so lange, daß wir der Suggestion unterliegen müssen. Unter dem Einfluß einer solchen Lektüre kommen wir auf die Vermuthung, daß eine Schuld vorhanden ist und zwar auf beiden Seiten. Wir stellen uns vor, daß ein fortwährend mit Verdächtigungen genährter Leser schließlich zu dem Glauben gekommen sei, der Kandidat, für den er stimmen solle, sei ein elender, von politischen Ränkelechern in Bewegung gesetzter, charakterloser Mensch (Mannequin) und diejenigen, die ihn unterstützen, seien lediglich Karrierenreiter, die nur ihr eigenes Interesse im Auge hätten. Zu bewundern ist eine Gesellschaft, die trotz solcher systematischer Irreführung sich doch nicht hat gänzlich irreleiten lassen und noch so viele Beweise von Einigkeit und politischer Zucht geliefert hat. Das rührende gegenseitige Aufzählen begangener und nicht begangener Sünden ist keine neue Erscheinung. Nach den Reichstagswahlen sahen wir daselbe in erhöhtem Maße. Heute könnte man jagen, der Chauvinismus habe sich gewissermaßen erschöpft. Der Protest gegen das polemische Fieber ist dort aus der Gesellschaft selbst hervorgegangen und blieb nicht ohne Erfolg. Die Deutschen haben in den Provinzen Posen und Westpreußen gesiegt; welches ist nun das Endergebniß der Wahlen im ganzen Königreich Preußen? Der Wahlkampf stellte sich diesmal als ein Angriff der Konservativen gegen die Stellungen der anderen Parteien dar. Den beiden vereinigten Parteien der preussischen Konservativen fehlten in der vorherigen Kadenz drei Stimmen zur Mehrheit. Die Wahlen sollten diese Lücke in ihren Reihen ausfüllen. Nach dem Siege sollte in dem Abgeordnetenhaus eine große Reform des Vereinsgesetzes im Sinn der äußersten

Reaktion beginnen. Der Angriff war ein rasender. Den Konservativen fehlten drei Stimmen, jetzt fehlen ihnen etwa zwanzig Stimmen. Die Reaktion muß jetzt mit größeren Schwierigkeiten wie vorher kämpfen. Und doch wird eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus zu Stande kommen. Es ist kaum anzunehmen, daß sie von den anderen, außerhalb der konservativen Klubs stehenden Parteien gebildet werden sollte. Die Konservativen werden nach wie vor nicht nur die Regierungspartei bilden, sondern werden auch die im Hause tonangebende Partei sein. Es handelt sich nur darum, wen sie sich zur Hilfe nehmen werden. Die übrigens heute sehr geschwächten Nationalliberalen haben den Wählern das Versprechen gegeben, daß sie zu dem Attentate gegen die Vereinsfreiheit nicht die Hand mitanlegen werden. Die Zentrums-
partei wird nicht ohne auf das ganze Reich sich erstreckende Zugeständnisse eine Stütze der Regierung werden. Die Gruppierung der Parteien im preussischen Landtage wird, wie wir sehen, von dem Winde abhängen, der aus dem Reichstage hinüberwehen wird und auch von der Stimmung des Bundesraths und des Reichskanzlers. Im Reichstage aber, wie überhaupt in ganz Deutschland, fängt ein Wind an zu wehen, den die Minister nicht gerne haben. Dieser Wind hat es bewirkt, daß die preussischen Wähler Freisinnige, anstatt Konservative in den Landtag entsenden; er beweist, daß sich das deutsche Volk für den Hinterlistenzwist des Ministers mit dem Regenten des Fürstenthums Lippe interessirt, wobei der größere Theil der deutschen Blätter sich auf die Seite des Grafregenten stellt und dem Kaiser ein unrechtmäßiges Verhalten zum Vorwurf macht. Ein Geist des Starrsinns und der Nichtachtung, ein Geist der Geringschätzung der Majestät und der Kritik des Monarchenwillens erwacht in Deutschland und in einer solchen Zeit entsendet das seinem Könige treu ergebene Preußen nach Berlin eine freisinnigere und der Opposition bereitwilligere Vertretung als es die frühere war. Das preussische Kabinet achtet nicht darauf. Es achtet auch nicht auf die Beschwerden, welche durch den fortwährenden Mangel an Arbeitskräften hervorgerufen werden. Treu dem Grundsatz, daß die Ausrottung des Polenthums ein Universalmittel gegen alle Leiden ist, weist der Minister von der Recke die österreichischen Unterthanen aus Breslau aus, und da er es liebt, gleich Alles in Bausch und Bogen zu erledigen, weist er mit den Polen auch gleich die Tschechen aus. Sollte er sich da nicht irren? Sollten sich alle Unterschiede zwischen den politischen Gegnern wirklich verwischen, wenn es sich um einen Kreuzzug gegen die Polen handelt? Zur Zeit würde eine solche Rechnung nicht falsch sein. Die Willkür der Regierung hat sich den Deutschen noch zu wenig fühlbar gemacht; die Fälle, in welchen der Kaiser die Rechte der kleinen Fürsten anzugreifen versucht, sind noch zu selten. Die Geister des Absolutismus und des Starrsinns sind noch nicht genügend aneinander geprallt, um sich nicht beim Anblick der verfolgten polnischen Jugend auszuöhnen zu können. Ungewöhnliche Dinge geschehen nicht auf einmal. Um sie zu erleben, muß man sich in Geduld wappnen, und ein Volkstamm, der sich durch ein Jahrhundert von den Preußen nicht hat ver-deutschen lassen, wird seine Geduld nicht so leicht erschöpfen.

Aus Nr. 329 des Dziennik Polski
vom 27. November 1898:

Die preussischen Schafale.

Lemberg, den 26. November.

„Frankreich fehlt in Europa“, so kann man wirklich sagen, wenn man die Erscheinungen und Ergebnisse der deutschen Politik und ihren Einfluß auf die europäischen Verhältnisse mitempfindet. Vor der Gestaltung des deutschen Kaiserreichs wehte stets aus Frankreich über Europa der Geist des Humanismus, der internationalen Zivilisation und trotz alles dessen, was in den letzten Jahren unter der Regierung Napoleons III. geschehen war, trug Frankreich als Nation stets die Fahne der menschlichen Ideale voran. Europa gestattete es, und es muß jetzt die Folgen dieser Politik tragen, daß sich der Einfluß der preussischen Pöbelhaube breitmachte, welche die ethischen Verhältnisse der deutschen Gesellschaften dermaßen ausdehnte, daß sie die Schädlichkeit der Bismarckschen Politik empfinden und daß in ihnen eine immer stärkere Reaktion zum Vorschein tritt. Aus Berlin begann der Geist der politischen Entartung zu wehen. Wohin dieser Wind das Hohenzollernschiff treiben wird, — darauf kommt es nicht an — vorläufig segelt es mit vollem Winde munter weiter, vernichtet unterwegs die wahren Er-rungenschaften der Zivilisation, indem es Haß und Hagier nach fremdem Eigenthum verbreitet. Die Verkörperlichung einer solchen Entartung ist eine Partei, eigentlich eine politische Bande preussischer H.-R.-Listen, mit welchem die Regierung solidarisch handelt und mit welchen sie nicht nur Hand in Hand geht, sondern in deren Händen sie sogar ein williges Werkzeug geworden ist.

Im national-politischen Entgegenstreben entsteht immer der Chauvinismus, welcher mitunter bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt ist — wenn er aber in Nationalvertilgung übergeht und nach Mitteln und Wegen der Ausrottung und Vernichtung sucht, um darnach der Ausgerotteten ganzes Hab und Gut in Besitz zu nehmen, so ist das schon eine solche Entartung, daß es für deren Beschreibung in der ehrlichen Sprache an Worten mangelt. Ganz verstoßen kam z. B. die von den H.-R.-Listen untergeschobene Verfügung der preussischen Regierung zum Vorschein, laut welcher die Apotheker in den Provinzen Posen, Westpreußen und Oberschlesien nur unter der Bedingung den Konsens zur Führung einer Apotheke erhielten, daß sie sich schriftlich verpflichteten, sich mit ihrer Kundschaft nicht der polnischen Sprache zu bedienen. In Preußen ertheilen nämlich die Regierungen die Apothekerkonsense und legen den Konzessionirten gleich dergleichen Verpflichtungen auf. Es ist dies etwas so ungeheuerlich Niederträchtiges und dabei in seiner Niederträchtigkeit so Dummes, daß alle Schlußfolgerungen aufhören und wir höchstens mit Slowacki sagen können: „Sie schlugen ihren Geist auf das Maul und gingen weiter!“ Dies ist die neue Erfindung der deutschen „Kultur“.

In dem Lande der Gottesfurcht und der guten Sitte ist die Anzahl der minderjährigen Findelkinder so gestiegen, daß die Gemeinden sich mit ihnen keinen Rath wissen. Die H.-R.-Listen nahmen sich deshalb der Sache in ihrer Weise an. Sie beschloßen diese Kinder aus allen Theilen Deutschlands zu sammeln und Findelkinder-Kolonien in Posen, Westpreußen und Oberschlesien zu gründen. Derartige Kolonien sollen — entsprechend behandelt — Arbeiter, Handwerker und deutsche Bürger liefern, und damit die Religionsbekenntnisse nicht die politischen Zwecke abschwächen, können die preussischen, unbarmherzig in das Joch der nichtsnutzigen katholischen Kultur gespannten Bastarde keine Katholiken sein. Und sicherlich können sie es nicht sein! Die katholische Ethik

wird zu einer solchen Mission sich niemals herabwürdigen, eher wird sie dem Kreuze der Kulturträger folgen. Dies sind zwei Blüten deutscher Kultur!... Ist das nicht eine Kultur der Schakale? Möge jeder brave Deutsche sich hierauf in seinem Gewissen selbst die Antwort geben.

Aus Nr. 276 des Ozas
vom 2. Dezember 1898:

Die Antwort des Grafen Thun auf die bekannte polnische Interpellation in Sachen der Ausweisungen aus Preußen ist so ausgefallen, wie es von diesem Staatsmann zu erwarten war, der durchdrungen ist von wahrhaft österreichischem Geiste und die Würde und die Autorität des Staates zu wahren weiß. Die Erklärung, die der Ministerpräsident abgab, war ruhig, doch entschieden und energisch, und trug dabei das Mal außergewöhnlichen Wohlwollens gegenüber dem deutschen Nachbar an sich. Graf Thun betonte zwar die Berechtigung eines jeden Staates, aus seinen Grenzen unerwünschte Elemente auszuweisen, er fügte jedoch hinzu, daß derartige Ausweisungen ganze Kategorien und Klassen der Bevölkerung nicht betreffen dürften. Im gegebenen Falle handelt es sich auch um nichts Anderes. Weder ist jemand dagegen aufgetreten, noch kann jemand auftreten gegen die Ausweisung einzelner Personen aus den deutschen Staatsgrenzen, wenn die preussische Regierung deren Anwesenheit für unerwünscht hält; aber die preussischen Ausweisungen richten sich gegen eine ganze Kategorie friedlicher arbeitssamer Menschen, deren einzige Schuld ihre Nationalität ist. Formell ist die preussisch-deutsche Regierung selbst zu derartigen Kollektivausweisungen berechtigt; sobald diese Maßregeln aber ausschließlich Unterthanen eines bestimmten Staates umfassen, dann bilden sie einen zweifellosen Akt der Unfreundlichkeit oder außergewöhnlicher Geringschätzung.

Der Dreibund besteht noch in voller Kraft; es ist daher zu bezweifeln, daß Deutschland auf diese Weise seinen Oesterreich abgeneigten Standpunkt zu befestigen gewillt habe; aber ein derartiges Verfahren trägt in jeder Beziehung den Stempel der Geringschätzung an sich, — und das darf Oesterreich auf keinen Fall zugeben. Oesterreich ist im Dreibunde ein absolut koordinirter Faktor, und solange dies Band des Freundschaftsbündnisses beide Staaten verknüpft, muß Oesterreich von Deutschland fordern, daß es mit aller der Rücksicht behandelt werde, wie sie einem gleichwerthigen Bundesgenossen zukommt, — die preussischen Ausweisungen sind aber gerade eine grelle Antastung dieser Rücksichten. Es braucht ferner wohl kaum dargelegt werden, daß den Charakter der Ausweisungen keineswegs die Nationalität der davon betroffenen österreichischen Unterthanen ändert.

Der Schluppassus der Erklärung des Grafen Thun war ein energischer Protest gegen die preussischen Annahmen, und es ist ihm ein um so größeres Gewicht beizulegen, als er sich auf eine „völlige Verständigung“ der gemeinsamen Regierung stützt.

Zum ersten Male sind wohl von der Ministerbank derartig entschiedene Worte gefallen. Sie müßten die H.-K.-Listen, die sich in den Berliner Ministeriumstanzleien breit machen, ein für alle Mal davon überzeugen, daß man nicht zwei Kategorien österreichischer Unterthanen unterscheiden kann, und daß nicht die österreichischen Deutschen das Bündniß mit dem deutschen Reiche geschlossen haben, sondern die gesammte österreichisch-ungarische Monarchie. So und nur so ist dies Bündniß aufzufassen, und will man es aufrecht erhalten und festigen, dann muß man sich voll und ganz dieser Auffassung anbequemen.

Ueberflüssig wäre es zu erwähnen, daß die Antwort des Ministerpräsidenten sich in den Grenzen bewegte, welche durch die Beziehungen vorgezeichnet worden, die gegenwärtig Oesterreich mit dem Deutschen Reiche verknüpfen und daß diese Antwort sich weder im näheren noch im weiteren Sinne gegen den Dreibund richtete. Wir hatten schon vor nicht langer Zeit Gelegenheit, zu betonen, daß die preussische Regierung in der letzten Zeit alles that, um den Dreibund bei der Mehrheit der österreichischen Völker unpopulär zu machen; er besteht jedoch immer noch trotz dieser Politik, und das ist der beste Beweis seiner Nothwendigkeit und seiner Dauer. Großer Frechheit und Verworfenheit bedarf es jedoch, um in der Rede des Grafen Thun einen Vorstoß gegen das mit Deutschland abgeschlossene Bündniß zu erblicken. Nur ein Organ von dem moralischen Werth, wie ihn die Neue freie Presse besitzt, konnte sich mit einem derartigen Argument hervorwagen, und nichts charakteristischer die um dieses Blatt sich gruppierende Clique besser als dessen Ausführungen betreffend die Erklärung des Ministerpräsidenten. Jüdische Arroganz verbindet sich darin mit verwegener Perfidie, und der Polen- und Slavenhaß übertäubt den Rest an österreichischem Patriotismus ganz und gar. So wie die Neue freie Presse, können nur Berliner Blätter schreiben, die im Solde des H.-K.-Tismus stehen. — Die Zeiten sind schon vorüber, wo das Organ der Wiener Börsenleute im inneren politischen Leben Oesterreichs eine Rolle spielte, dafür trägt niemand anders so unausgesetzt und konsequent zu der Aufrechterhaltung und Verbreitung antisemitischer Neigungen bei, — und das steht fest, daß fast jede von dem Blatte angegriffene Angelegenheit schon damit verdient, von allen redlichen Leuten warm unterstützt zu werden.

Sei es, wie es wolle, — alle diejenigen, die ihr politisches Verständniß nicht aus der Neue freie Presse schöpfen, d. h. alle österreichischen Patrioten, werden mit der Antwort des Grafen Thun zufrieden sein, und es ist zu hoffen, daß die Mehrheit des Reichsraths nicht zugeben wird, daß die Obstruktion diese Antwort nicht zum Vorwand nehme für weitere unnöthige und aufreizende Erörterungen im Parlamente.

Aus Nr. 277 der Nowa Reforma
vom 3. Dezember 1898:

Während der österreichische Kaiser in häuslicher Zurückgezogenheit sein fünfzigjähriges Regierungsjubiläum feiert, hält Kaiser Wilhelm, von der weiten Reise ins heilige Land zurückkehrend, „triumphirend“ seinen Einzug in Berlin. Prunk und Unterwürfigkeit thun hier das Ihrige. Der deutsche Kaiser wird sich am Duft des Räucherwerkes berauschen und sich einreden, er habe mit seiner Reise der Welt die einst von den deutschen Kaisern unternommenen Kreuzzüge in Erinnerung gebracht.

Diesmal hat der Kreuzzug ohne Blutvergießen stattgefunden, und der Mannesmuth der Theilnehmer am Pilgerzuge war nicht der mindesten Probe ausgesetzt. Im Gegentheil, alle Pforten öffneten sich schleunigst zur Aufnahme der europäischen Gäste, die Straßen wurden glänzend geschmückt und schienen die gewappnete Schaar der kaiserlichen Reisegenossen mit Freude zu grüßen. Alles verlief glatt. Kaiser Wilhelm durchtritt in einem neuen Beduinenkostüm (wie man sagt, eigener Erfindung) das er über die militärische Uniform gezogen hatte, gefolgt von der Leibgarde an der Seite seiner Gemahlin die geräuschvollen Straßen Jerusalems.

Die Epoche der Kreuzzüge ist vorüber, aber die Erben der geschichtlichen Ueberlieferung reproduziren

sie mit großem Eifer der Form wegen. Mit dem Schwert an der Seite, doch ohne es aus der Scheide zu ziehen und es auf die Häupter der Ungläubigen herniederzulaufen zu lassen, wollte Kaiser Wilhelm die Macht und Bedeutung des deutschen Kaiserreichs dem Osten ins Gedächtniß rufen. Während jedoch die Ritter der Kreuzzüge Feinde des Islams waren, weihte der deutsche Herrscher durch seine Anwesenheit im Osten den Freundschaftsbund mit dem Sultan und er lag in den Armen „seines Freundes.“

Zeiten und Menschen haben sich geändert; nur die politische Kunst ist geliebt, und sie hat sich vervollkommenet, die Kunst der Heuchelei und der Hinterlist, die auf Umwegen das zu erreichen sucht, wozu es einst langer und blutiger Kämpfe bedurfte. Im Osten Einfluß, wenn nicht die Herrschaft zu erringen, ist das Sehnen der Hohenzollernndynastie; der Ausdruck dieses Sehns war die Reise nach Konstantinopel, nach dem heiligen Lande, eine Stärkung des mit dem Sultan geschlossenen Freundschaftsbundes. Der einstige Feind der Christlichen Welt und des Katholizismus begrüßte und verabshiedete im herzlichem Druck den protestantischen Kaiser von Deutschland, der die Beschützung seiner Christlichen Unterthanen in Asien verkündete.

Kaiser Wilhelm brauchte jedoch nicht die weite Welt aufzusuchen, um einen Beweis von Monarchengerechtigkeit zu erbringen. Bei sich zu Hause, in seinem eigenen Staate hat er Unterthanen, die der Menschenrechte beraubt, und Unterthanen zweiter Klasse sind. Deswegen, weil sie nicht als Deutsche geboren wurden, sind sie der Gegenstand der Hezjagd einer Bande von Verfolgern, die durch das Regierungssystem unterstützt werden. Der Christliche Kaiser hat in seinem eigenen Staate Christen, die der göttlichen und menschlichen Rechte beraubt sind. Ist die Muttersprache, die Anhänglichkeit an die elterliche Scholle nicht ein solches verachtetes Recht? Man stellt die nach Millionen zählende polnische Bevölkerung außerhalb dieses Rechts, nimmt ihr die Muttersprache und entreißt ihr die väterliche Scholle, ja, man wirft die zuziehende slavische Bevölkerung aus slavischen Landen hinaus, um sie wirthschaftlich zu ruiniren und an ihrer Statt, dem deutschen Element den Weg zu bahnen.

Der Ausrottungskampf, der in den Grenzen des preußischen Staates tobt, wie finster steht er von den Grundsätzen ab, die Kaiser Wilhelm in Jerusalem verkündet hat.

